

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr., 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1/2 Sgr. für die fünfgepaltenene Zeile oder deren Raum. Refl. an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.)

Amtliches.

Berlin, 19. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst gerucht: Dem Geheimen Kommerzienrath Ferdinand Wilhelm Ermeler zu Berlin den **Rothlen Adler-Orden** dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Schullehrer und Organisten Paul born zu Altengottern St. Triin im Kreis Mühlhausen, den Küstern und Schullehrern Heinrich zu Kurischow im Regierungsbezirk Frankfurt und Johann Gottfried Wille zu Arnsnesta im Kreis Schweidnitz und dem Schullehrer Koedling zu Schönmoor im Sandbrieft-Königsberg das **Allgemeine Ehrenzeichen** zu verleihen; ferner den nachbenannten Personen die **Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu erteilen**, und zwar: des Großkreuzes des königlich hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg Hohheit, Sekonde-Lieutenant im Westfälischen Ulanen-Regiment Nr. 5; des Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Kommandeur des Brandenburgischen Husaren-Regiments (Sachsen Husaren) Nr. 3, Obersten und Flügel-Adjutanten Grafen von der Groeben; des Mittelkreuzes des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens: dem Unterrichts-Direktor der Zentral-Lern-Anstalt, Major von der Armee Rohlfstein, und des Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Guelphen-Ordens: dem Divisions-Ärztlichen, dem Divisions-Auditeur, Justizrath Setzer von der 7. Division.

Der bisherige Kreisrichter Kuffing in Wobslau ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Zauer und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Zauer ernannt worden.

Der Landgerichts-Referendarius Joseph Hubert Georg Dolleschall in Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

als ausgefordert, und den wiederum Preußens Bundesstaat seinerseits gar nicht als einen deutschen Bund wird betrachten mögen. Mag's so sein. Wir erblicken in solcher zweifelhafter Staatengruppirung einen ganz gewaltigen Ruck aus dem ellihe mehr als dreihingtheiligen Staatenbunde. Diese zwei impolanten deutsche Staatsgrößen würden dann zueinander in die völlerrechtliche Bundesbeziehung treten, welche jetzt nach der preußischen Kabinettsanschauung das Attribut des Bundes ausmacht. Es hieße eine sehr geringschätzige Meinung von der staatsmännlichen Einsicht der Regierungen hegen, wenn man nicht hoffen wollte, daß zwischen den beiden Staatengruppen ein Wetteifer entstehen werde, den Bedürfnissen der Völker immer mehr zu entsprechen, um den Rivalen entweder zu überflügeln an Volksthümlichkeit, oder sich von ihm nicht überflügeln zu lassen. Die Freiheit wie die Einheit der Nation werden dabei gewinnen. Haben nur erst konstitutionelle Einrichtungen in den beiden Staatengruppen sich organisch abgerundet, so wird sich ein Gesamtstaatsleben schon von selber durchbrechen. Die Klein- staaterei wird in dem Gestaltungsprozesse größerer Staatsbildungen untergehen, welche auf jene größte Staatsformation hinweisen, innerhalb welcher die gesammte Nation Raum fände.

Posen, 19. Februar. Dr. C-k.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 18. Febr. [Vom Hofe, Tages- nachrichten.] Gestern Abend halb 9 Uhr waren der König, die Königin, die Königin Wittwe, der Kronprinz und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des Königshaus mit einigen würklichen Personen bei der Frau Großfürstin Konstantin im russischen Gesandtschaftshotel zum Thee und verabschiedeten sich alsdann von der hohen Frau, die heute Vormittag 10 Uhr mit ihrer 10jährigen Tochter mittelst Ertrages der Rückreise nach Petersburg fortgesetzt hat, nachdem ihr der Kronprinz zuvor noch einen Abschiedsbesuch gemacht hatte. Die hohe Frau, welche sich schon seit Juni v. J. im Auslande und meist an den Höfen zu London, Hannover, Altenburg zc. aufgehalten hat, erwartet schon in wenigen Wochen ihre Entbindung und wird daher nur kleinere Tagerreisen machen und in Bromberg, Königsberg, Romna zc. übernachteten. Wie ich heute von Personen aus der Begleitung der Frau Großfürstin Konstantin höre, ist es der Wunsch des Kaisers Alexander, in diesem Jahre unsern Hof zu besuchen, und er wird jedenfalls kommen, sobald die politischen Verhältnisse es gestatten. — Im Laufe des heutigen Vormittags ließ sich der König von dem Chef des Militärkabinetts, v. Mantuffel, dem interimistischen Voltzepräsidenten v. Winter zc. Vorträge halten und empfing alsdann den Besuch des Prinz-Admirals Adalbert. Am 11 Uhr nahm der König, im Beisein des Prinzen August von Württemberg und des Stadtkommandanten v. Avenstleben mehrere militärische Meldungen entgegen. Unter den empfangenen Militärs befanden sich auch der General v. Stockmar aus Dessau, der Major v. Kriville aus Schwerin und der Major und Flügeladjutant Jederer aus Karlsruhe. Später arbeitete der König längere Zeit mit den Ministern v. v. Heydt und Graf Bernstorff. — Der Kronprinz machte heute Nachmittag dem Staatsminister v. Auerswald einen Besuch. Herr v. Auerswald ist ziemlich wieder hergestellt, doch fällt ihm das Gehen noch sehr schwer. Gestern besuchten ihn auch die Minister Graf Schwerin und v. Patow. Ein täglicher Gesellschafter des Herrn v. Auerswald ist der Graf Dohna-Schlodien, beinahmlich Schwiegerohn des Ministers und erbliches Mitglied des Herrenhauses; derselbe wohnt auch im Hotel des Staatsministeriums. Noch immer wird behauptet, daß Herr v. Auerswald aus dem Kabinete scheiden und mit dem Grafen zu Dohna nach Schlodien gehen werde. Bei dem Grafen Bernstorff war heute Diner. Morgen hat der Generalfeldmarschall v. Wrangel die Minister, die Generalität und mehrere Landtagsmitglieder bei sich zu Tische. — Heute Mittag begab sich eine Deputation aus Stettin, an deren Spitze sich der Ober-Bürgermeister Hering befand, zur Audienz ins königliche Palais. — Der Hofbauath Professor Strauch wird sich nun doch der im Auftrage der Regierung zu wissenschaftlichen Forschungen nach Griechenland entsendeten Kommission anschließen. Derselbe ist gestern Abend nach Wien abgereist, wo er mit den Professoren Bötticher und Curtius zusammen- tritt. Anfangs Mai will Herr Strauch hier zurück sein. — Gestern Vormittag ist aus Paris telegraphisch gemeldet worden, daß sich der verhaftete Bankbote bereits auf dem Transporte nach Düsseldorf befindet, wo er auch vor Gericht gestellt wird.

Berlin, 18. Febr. [Das neue preußische Pulver; neue Remonte-Depots; Aenderungen in der Rang- und Quartierliste; Mobilisationsbestimmungen.] Der „Soldatenfreund“ erklärt sich in seinem letzten Hefte für berechtigt, die Angaben verschiedener Blätter, wonach das längere Zeit von den kompetenten preußischen Militärbehörden in Versuch genommene neue Pulver mit einer ähnlichen östreichischen Erfindung identisch sein soll, zu widerlegen und bringt zugleich folgende von ihm authentisch erklärte Mittheilungen über diesen Gegenstand: Erfinder dieses neuen Schießmaterials ist der frühere Direktions-Assistent bei der königlichen Pulverfabrik in Spandau, Hauptmann Schulze von der Magdeburgischen Artilleriebrigade Nr. 4, welcher jedoch bei seinen Arbeiten und Versuchen auf diesem Gebiet durch einen Verwandten, den Oberamtman Weigel, unterstützt wurde. Die Zusammenlegung des Pulvers ist selbstverständ- lich noch ein Geheimniß, und als solches nur den Offizieren der zur Prüfung desselben eingesetzten Kommission bekannt, doch sind die Bestandtheile, welche von einzelnen Organen für dasselbe angegeben wurden, entweder gar nicht, oder doch noch nicht in den dafür be- zeichneten Prozentsätzen darin enthalten. Auch ist die Farbe dessel-

ben nicht weiß, sondern dasselbe bildet eine schmutzig grau-gelbliche körnige Masse. Der Zweck der neuen Erfindung ist dabei vorzugs- weise auf die Anwendung als wirkliches Schießpulver erwachtet, und die Technologie, welcher bekanntlich bei der schon erwähnten öst- reichischen Erfindung mit eine Hauptbeziehung eingeräumt ist, kommt hier nur nebenächlich zur Sprache. Als besondere Unter- scheidungsmerkmale von allen ähnlichen Bestrebungen werden end- lich noch folgende angegeben: 1) soll das neue Pulver billiger als das bisherige Schießpulver sein; 2) eine gefahrlose Fabri- kation gestatten; 3) beim Abbreunen keinen Rückstand hinter- lassen, der die Schießwaffen angreift und namentlich bei den von vorn zu ladenden gezogenen Handfeuerwaffen so lästig ist und 4) endlich völlig gefahrlos in zwei getrennten Bestandtheilen — welche erst kurze Zeit vor dem Gebrauch durch sehr einfache Ma- nipulationen gemischt werden — aufzubewahren sein. Die Gefahr- losigkeit der Fabrikation und Aufbewahrung dieses neuen Schieß- materials dürfte freilich durch die vor einigen Tagen mit demselben hier im Siechhause stattgehabten Explosion ziemlich in Frage gestellt werden. Ueber die bisheriger Anwendungsresultate wird dagegen von den Befestigten heinabe allgemein sehr günstig berichtet. — Zu den 9 bestehenden Remontedepots ist neuerdings ein zehntes in der Nähe von Starogard hinzugekommen, und wird bereits auch von Errichtung eines alten Instituts dieser Art in der Markt nahe bei Berlin berichtet. Diese Angelegenheit, in welcher nach den öffent- lichen Blättern zwischen dem Kriegs- und Finanzministerium eine Meinungsverschiedenheit über den Fortbestand dieser Anstalten über- haupt, oder wenigstens doch deren zweckentsprechenden Aenderung statthaben sollte, scheint demnach zu Gunsten des unveränderten Beibehaltens derselben entschieden zu sein, denn es verlautet nebenbei nicht, daß für deren Organisation irgend welche Reformen verfügt worden wären. — Nach den „Militärischen Blättern“ wäre endlich gegründete Aussicht vorhanden, daß die säbelliche Rang- und Quar- tierliste in ihrer Redaktion die allseitig schon lange gewünschten Erwei- terungen erfahren werde, und namentlich ist schon fest bestimmt worden, daß den Namen der Offiziere künftighin der Vorname vorgesezt werden solle. — Wie verlautet, sind die Bestimmungen für eine etwaige Mobilmachung bereits getroffen worden, und sollen die voriges Jahr nach definitiver Feststellung der neuen Organi- sation der Armee hierfür erlassenen Normen auch fernerhin und bis auf spezielle Anweisungen in Kraft bleiben. Der Gedanke an einen Krieg gegen Oestreich scheint nach der allgemeinen Auffassung und Stimmung in unseren Militärkreisen dem jedoch sehr fern zu liegen.

Stettin, 17. Februar. [Hochwasser.] Nach einer von Küstrin elagierten amtlichen Mittheilung ist das Wasser der Oder daselbst seit mehreren Tagen in aufhaltendem Steigen begrif- fen und hat gestern bereits den höchsten Stand von 1786, 13 Fuß 5 Zoll, erreicht.

Oestreich. Wien, 17. Febr. [Tagesnotizen.] Das Voltzeministerium hat die Druckschriften: „Il pelerinaggio degli operai italiani a Caprera“ von Franca Mistrali, 1861; ferner „Guido alla politica del popolo italiano“, vom Advokaten Lucio Fiorentini; endlich „La religione e il potere temporale dei Papi“, von demselben, alle drei Werke in Mailand verlegt, für den Debit in den östreichischen Staaten verboten. — Der Landesaus- schuß von Böhmen hat beschossen, die Statthalterei anzugehen, daß dieselbe im ganzen Lande eine offizielle Feier des Jahrestages der Verleihung der Verfassung und der Landesordnung und in der Hauptstadt eine Theater-Festvorstellung veranlasse. Baron Kellers- perg hat hieron die Bischöfe verständigt und das Konsistorium seinerseits eine kirchliche Feier angeordnet. Auch der Stadtrath von Prag hat beschossen, den 26. Februar offiziell zu feiern und einem Jedem beizuwohnen. — Die Statthalterei in Ungarn hat, den Beschluß der früheren Pesther Stadtrepräsentanz aufhebend, das östreichische Gewerbegesetz wieder eingeführt. — In Lemberg ent- halten die Polen sich jeder öffentlichen Sachingslustbarkeit. Der Restaurateur in der Schießstätte hatte einen öffentlichen Ball ange- kündigt, allein eingeschlagene Fenster Scheiben waren die Folge. Da- gegen werden von rathenischer Seite öffentliche Bälle gegeben, und ist ausdrücklich dabei bestimmt worden, daß man dabei nicht in nationalen ruthenischen Kostüme, sondern im schwarzen Frack und Zylinder zu erscheinen hat. In dem ruthenischen Nationalhaus werden neben dem ruthenischen Blatte „Slowo“ und den übrigen galizischen polnischen Journalen alle Wiener Blätter und die sonstigen einen Namen habenden deutschen Zeitungen ausgelegt.

Triest, 18. Febr. [Telegr.] Aus Athen vom 14. hier ein- getroffene Berichte melden, daß Tags vorher in Nauplia eine Mil- itärrevolte ausgebrochen sei. Stadt und Festung waren in die Hände der Insurgenten gefallen. Truppen unter dem General Hahn wa- ren von Athen dahin abgedandt worden.

Württemberg. Stuttgart, 16. Febr. [Besinden des Königs.] Nach dem gestrigen Bulletin haben die Krankheits- ercheinungen bei dem König sich allmählig verloren und kehren die Kräfte in erfreulicher Weise zurück.

Hessen. Kassel, 16. Febr. [Steuerverweigerung.] Die „Zeit“ und das „Fr. Z.“ bringen übereinstimmende Berichte aus Hanau über die große Aufregung, die dort wegen der militä- rischen Exekution gegen die Steuerverweigerer herrschen soll. Es seien die Pulke mit einem Dietrich geöffnet und Geld herausgenom- men worden. Die „Kasseler Zeitung“ dagegen enthält an der Spitze ihres gestrigen Blattes die folgende Notiz: „In Hanau, wo in jüngster Zeit die Verweigerung der Steuern zugenommen hatte, hat sich, wie wir soeben hören, in Folge der getroffenen Maßregeln eine so große Bereitwilligkeit (?) zur Steuerzahlung herausgestellt, daß dem dortigen Stadtrektor ein Gehülfe hat bei-

Telegramme der Posener Zeitung.

Breslau, Dienstag 18. Februar. Die „Schlesische Zeitung“ vernimmt aus Warschau von wohl unterrichteter Seite, daß falls die Ruhe fortdauert, der Kaiser im Früh- jahr selbst nach Warschau kommen werde.

Wien, Dienstag 18. Februar Abends. Nach einem Telegramm aus Turin vom heutigen Tage meldet die „Tu- riner Zeitung“ aus Rom, daß ein beabsichtigtes Attentat auf den französischen Botschafter, Marquis Lavalette, durch dessen Jäger abgewendet worden sei. Am nächsten Sonn- abend würde ein französisches Tribunal über die drei bei dem Attentat Betheiligten das Urtheil fällen.

Aus Ragusa wird vom heutigen Tage gemeldet, daß Mahmud Bey mit einem Bataillon türkischer Jäger das Grenzollamt Jurina besetzt habe. (Eingeg. 19. Februar 9 Uhr Vormittags.)

Die brennende deutsche Frage und der kühle Bun- destag.

Eigentlich hätte just unsere Provinz ein unmittelbares Interesse an der großdeutschen Richtung. Beim Eintritt des Gesamtösterreichs in den deutschen Bund wäre aber unsere Provinz derjenige Theil Preußens und Deutschlands, welcher als Aequivalent für Preußen in den deutschen Bund würde aufgenommen werden, wodurch das gesammte Großdeutschland die militärische Garantie für die Provinz Posen als Bundespflicht überkäme. Unter dem frankfurter Reichsparlament war ja Posen mit Ost- und Westpreußen im Bunde d'rin und kam dann wieder heraus! Indefi dürfte einerseits die Provinz sich mit dem preußischen Militärschutze vollauf begnügen dürfen, und andererseits sind in der Provinz die Dinge nicht da- nach angethan, daß auf die Spitze der Bayonnette ihre Gewähr gegeben wäre. Wir wollen uns also die brennende deutsche Frage unter dem allgemeinen deutschen Gesichtspunkte ansehen.

Bei all dem kritischen Ernste, welchen der Widerstreit zwischen Preußens Regierung und der östreichisch-würzburgischen Koalition gegenwärtig angenommen, hat er dennoch eine fast komische Seite, insoweit es sich um den Bundestag bezieht. In ihrem diplomatischen Notenwechsel streiten nämlich die Parteien in der Weise, daß jeder Part den andern beschuldigt, vom Bundestage abtrünnig zu werden. Du lieber Himmel! wenn es doch keine schlimmere politische Kegererei gäbe, als dem Bundestage untreu geworden zu sein!

Nun, wir denken uns den Ablauf der Kritik auf folgende Art: Preußen und seine Anhänger sagen, Oestreich entferne sich mit seinen Reformen vom Bundestage; Oestreich und seine Anhänger sagen, Preußen mit einem Bundesstaate widerspreche dem Rechts- verhältniß des bundesständigen Staatenbundes; gut für die deutsche Nation, welche gern den Bannspruch beider Theile übereinander unterschreibe, um so auf die bequemste Weise des Bundestages ledig zu werden. — Wie? Soll etwa der deutsche Bund in der Eichen- heimergasse zu Frankfurt nicht mehr sein? Der Bundestag, der keine Unsterblichkeit so klar zu Tage gelegt hat, daß er, nachdem er sich 1848 selber aufgegeben hatte, ein Phönix aus der eignen Asche wiedergeboren wurde? Gemach! Der deutsche Bund soll weiter leben, wenn er bisher gelebt hat, wenn tagen und Serienhalten leben heißt. Wer mit seinem Leben nichts nützt, nützt auch mit seinem Tode nichts. Was kümmert's die deutsche Nation, ob der Bundes- tag lebt oder stirbt? Preußen und Oestreich aber werden beide die Wege wandeln, welche sie sich vorgezeichnet haben. Die bundes- rechtlichen Pläneleien wird man bei Seite stecken und das Recht, zu handeln, durch die Initiative im Handeln in Respekt setzen.

Was wird Preußen beginnen? Im Bewußtsein, daß an dem deutschen Bunde nichts zu reformiren sei, wird es faktisch vorgehen durch eine Gruppierung von Staaten, welche dem Bei- spiele von Koburg-Gotha nachfolgen wollen, einen Staatenbund zu bilden. — Was wird Oestreich machen? Es wird ebenfalls Staaten um sich herum gruppiren, und zwar auf Grund eines re- formirten deutschen Bundes, aus welchem es Preußens Bundesstaat

gegeben werden müssen. Nicht wenige der dortigen Steuerpflichtigen hatten übrigens ihren gesammten Steuerbetrag schon früher für das laufende Jahr vorausbezahlt, um dem vorausgesehenen zudringlichen Ansinnen der Steuerverweigerung zu entgegenen.

Hanau, 16. Febr. [Polizeiliche Vorladung.] Gestern wurden sämtliche Vorstände der Turnvereine Hanau's auf das Polizeiamt geladen, um daselbst genaue Auskunft zu geben, welcher Art ihre Verbindung und Korrespondenz mit den Vereinen des In- und Auslandes sei, namentlich ob denselben irgend welche politische Motive unterlägen. Selbstverständlich, schreibt man dem „Frankf. Z.“ konnte hierauf keine andere Antwort erfolgen, als daß, soweit eine Verbindung oder Korrespondenz überhaupt stattfindet, diese nur rein turnerische Zwecke verfolge.

Holstein. Altona, 15. Febr. [Flottenjammungen.] Wie bekannt waren wegen einer im engen Privatkreise zu Garding im Herzogthum Schleswig veranstalteten Sammlung für die preußisch-deutsche Flotte der Buchhändler Herzbrich zu Flensburg und der Dr. Wallichs zu Neumünster in Holstein nach Anordnung des schleswigischen Ministeriums zur Kriminal-Untersuchung gezogen. Die Führung derselben war dem Gardinger Gericht übertragen worden und soll auf Versuch zum Hochverrath gerichtet sein. Während Herr Herzbrich als Schleswiger sich nun der Vernehmung des Gardinger Gerichts nicht entziehen konnte, hat Dr. Wallichs vorgezogen, der ergangenen Ladung nicht zu folgen, sondern sich beschwerdeführend an das holsteinische Obergericht zu Glückstadt zu wenden. Wie man den „Alt. Nachr.“ mittheilt, hat dasselbe in Folge dessen den Beschleid erlassen, daß der Requisition des Gardinger Gerichts keine Folge zu geben sei, weil nach inländischer (d. h. holsteinischer) Gesetzgebung Sammlungen zu Zwecken eines „befreundeten“ Staates in Friedenszeiten keine mit Kriminalstrafen bedrohte Handlungen ausmachen.

Mecklenburg. Schwerin, 16. Febr. [Erkenntniß.] Auf Betrieb des großherzoglichen Ministeriums wurde im Oktober 1859 eine polizeiliche Untersuchung gegen 600 Rostocker Bürger und Einwohner veranstaltet, weil sie an den Konfistorialrath Krabbe eine Adresse erlassen und darin die Erklärung abgegeben hatten, daß sie die Adressaten bei seiner Christenpflicht gebunden erachteten, die von ihm gegen Baumgarten erhobene Beschuldigung, daß derselbe seinen Amteid umgeschweift und geflistentlich gedrohen habe, zurückzunehmen. Krabbe hat diese Adresse an das Ministerium nach Schwerin eingeschickt und von diesem war die Untersuchung befohlen worden. Der Polizeibehörde indessen wurde diese Aufgabe im weiteren Verlauf zu theologisch, und sie wußte sich zuletzt nicht anders zu helfen, als daß sie die Sache an das Gericht abgab. Dieses, ein sogenanntes *judicium mixtum*, d. h. ein aus je zwei Mitgliedern des Rathes und des akademischen Konzils bestehendes Gericht, zog 18 der Beteiligten zur Untersuchung. Das erste Erkenntniß, von der Justizkanzlei zu Güstrow gesprochen, verurtheilte wegen Verübung einer öffentlichen Injurie den Prof. Baumgarten in eine Strafe von 30 Thlrn., sieben Andere in eine Strafe von je 20 Thlrn. und sprach die übrigen Angeklagten von der Instanz frei. Sämmtliche 18 legten gegen dieses ihnen unter dem 26. Febr. v. J. publicirte Urtheil ein Rechtsmittel ein. Die Justizkanzlei zu Schwerin, an welche die Sache in der Revisionsinstanz ging, hat nunmehr das zweite Erkenntniß abgegeben, wonach die sämmtlichen Inculpationen von der wider sie erhobenen Anschuldigung, so wie von Tragung der Untersuchungskosten rein freigesprochen werden, denselben auch die Kosten der Revisionsinstanz zu erstatten sind. Dieses vorgelegte publicirte Urtheil hat, den „Hamb. Nachr.“ zufolge, in der ganzen Stadt die freudigste Sensation erregt. Die „Rost. Ztg.“ veröffentlicht heute die Entscheidungsgründe. Das erste Erkenntniß war schon zu der Annahme gelangt, daß in der Adresse an Krabbe etwas objektives Injuriirendes nicht enthalten sei, hatte aber die Injurie in der Art und Weise, wie die Adresse erlassen sei, gefunden. Das zweite Erkenntniß weist nun nach, daß die Missbilligung der Theilnehmer eine an sich unverfängliche Handlung nicht zu einer Injurie machen könne, so daß sogar eine zur Ehrenerweilung bestimmte Handlung, wenn sie in Form einer öffentlichen Demonstration aufträte, unter Umständen zu einer Injurie werden könnte.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Februar. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung fragte der Earl v. Stanhope, ob die Regierung Depeschen aus Washington erhalten habe, welche die Nachricht bestätigen, daß ein zweites Geschwader der Vereinigten Staaten abermals Schiffe mit Steinen am Eingange des Hafens von Charleston versenkt habe, und daß ein drittes Geschwader zu dem gleichen Zwecke ausgerüstet werde. Es sei schwer einzusehen, meint er, wie eine solche Versenkung von Schiffen etwas Anderes zur Folge haben könne, als eine Zerstörung des Hafens auf die Dauer, und so viel er wisse, sei dies auch von den Amerikanern als Zweck der Maßregel angesehen und dieselbe damit hinterher gerechtfertigt worden. Nun gestatte aber das Kriegrecht keineswegs die bleibende Zerstörung eines Hafens. Es sei das nicht eine Handlung des Krieges, den Mann gegen Mann oder Nation gegen Nation führe, sondern ein Akt des Krieges gegen die Güter der Menschheit, welche die Erde mit Häfen ausgestattet habe zum Vortheile des Handels und um dem zivilisatorischen Einflusse des Völkerverkehrs zu dienen. Aus diesem Grunde habe England das Recht und die Pflicht, gegen derartige Handlungen zu protestiren. Er frage nun, ob die Regierung, falls die eingelaufenen Nachrichten gegründet seien, irgend welche Schritte in der Sache gethan habe oder thun wolle; ferner, ob sie von der französischen Regierung irgend eine diesen Gegenstand betreffende Mittheilung erhalten habe, und ob die französische Regierung der amerikanischen ähnliche Vorstellungen gemacht habe, wie die englische. Carl Russell entgegnete, die Regierung habe keine amtlichen Nachrichten erhalten, die weiter reichen, als die dem Hause bereits vorliegenden. Doch sei das Versenken von Schiffen an der Einfahrt eines Hafens eine so wichtige Operation, daß er nicht umhin könne, zu glauben, es müsse den betreffenden Gerichten etwas Wahres zu Grunde liegen. Er freue sich, daß der edle Earl gegen die dauernde Zerstörung eines Hafens protestire. Wenn man bederfe, daß die Häfen, welche man auf diese Art sperre, Handelshäfen seien, in welchen in Friedenszeiten Schiffe aller Nationen, auch solche, deren Zielpunkt sie nicht seien, Zuflucht gegen stürmische Wetter suchen, so sei die Zerstörung derselben ohne Zweifel ein Akt der Barbarei. Die amerikanische Regierung habe in ihrer Antwort gesagt, die Versenkung der Schiffe solle nur zur Unterstützung der Blokade dienen und eine bleibende Zerstörung der Häfen sei nicht beabsichtigt. So habe sich der amerikanische Gesandte in London geäußert. Derselbe habe gesagt, die Zerstörung des Hafens von Charleston auf die Dauer sei unmöglich, da die beiden den Hafen bildenden Blüffe jedenfalls eine Wasserstraße bahnen würden, und selbst, wenn man die Abflüß hätte, den Hafen auf immer zu versetzen, so würde dies ein vergebliches Beginnen sein. Es sei zwischen der englischen und der französischen Regierung eine Korrespondenz über den Gegenstand gewechselt worden, und die französische Regierung habe dieselben Ansichten, wie die englische. Ob sie aber der Unionregierung in amtlicher Weise Vorstellungen gemacht habe, vermöge er nicht zu sagen.

In der Unterhaus-Sitzung fragte Lord A. Churchill ob es die Absicht der Regierung sei, einen Kommissar nach Dahomee zu senden, um mit dem dortigen Könige wegen der vollständigen Abschaffung der barbarischen Menschenopfer und des Sklavenhandels in seinem Gebiete zu unterhandeln. Forster

fragt, wie es mit den einen englisch-belgischen Handelsvertrag bezweckenden Unterhandlungen stehe, und ob in Folge der zwischen Preußen und Frankreich schwebenden Unterhandlungen Aussicht auf eine Revision der im Zollverein von britischen Fabrikaten erhobenen Zölle vorhanden sei. Lord Palmerston bemerkte es sei schon früher eine Mission nach Dahomee gesandt worden, um den König zur Abschaffung der Menschenopfer zu bewegen, jedoch unverrichteter Sache zurückgekehrt. Es sei immer schwer, ein wildes Volk zum Aufgeben alter Bräuche zu bewegen; doch werde man keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, jene bisher mißglückten Versuche zu erneuern. Was den Sklavenhandel anbelange, so würden ihm die afrikanischen Hauptlinge nicht eher entsagen, als bis sie einsehen daß eine andere Art des Handelsverkehrs gewinnreicher für sie sei. Die Unterhandlungen mit Belgien würden im freundschaftlichsten Geiste geführt und würden, wenn sie der Erfolg kröne, England auf einen und denselben Fuß mit den meist begünstigten Nationen stellen. Was den Zollverein betreffe, so seien die Zölle welche derselbe auferlege, allerdings sehr schwer. Allein wie sei seit einiger Zeit die Stimmung in Deutschland gewesen? Es habe dort die Ansicht obgewaltet, England verstoße die Grundsätze des freien Handels, um Deutschland zu Grunde zu richten, und wolle Deutschland mit englischen Waaren überschwemmen und so den deutschen Gewerbeleiß in allen seinen Zweigen vernichten. Fremde Nationen hätten die Vorstellung, daß England seine Waaren herbeigebe, ohne etwas dafür zu nehmen, daß es sie mit Geschenken überhäufe. Sie vergäßen dabei, daß sie nichts von England empfangen, wofür sie nicht mit ihren eigenen Produkten bezahlten. Sie sahen nicht ein, daß der Handel ein System des Tausches ist, und daß sie, indem sie eine unbegrenzte Quantität britischer Waaren zulassen, sich die Nothwendigkeit auferlegen, Waaren einer oder der anderen Art in gleichem Werthe zu erzeugen, um damit das zu bezahlen, was sie von uns erhalten. Diese Befürchtungen seien völlig chimärisch und hätten ihren Ursprung in einer beschränkten und kurzfristigen Auffassung des eigenen wahren Interesses. Trotzdem sei diese Furcht vorhanden gewesen, obgleich sie jetzt hoffentlich verschwunden werde. Der englisch-französische Vertrag werde wesentlich dazu beitragen, alle Irrthümer in Europa zu verschwinden. Cobden habe durch das, was er für das Zustandekommen dieses Vertrages gethan, sich im höchsten Grade verdient gemacht, und wenn ihm bei jener Gelegenheit kein besonderes Zeichen der Huld der Krone zu Theil geworden sei, so liege dies an dem übergroßen Jactgefühl Cobdens, der jedes Zeichen der Anerkennung abgelehnt habe. Die Regierung bedauere dies, könne es aber nicht ändern.

London, 16. Febr. [Die englische Presse über die deutsche Frage.] Daily News, Times, Globe und Chronicle besprechen gleichzeitig die neueste Gestalt der deutschen Bundesfrage; alle stehen auf Seiten der Liberalen von Norddeutschland, ohne auf die Energie der preussischen Regierung sanguinische Hoffnungen zu bauen. Daily News erklärt seinen Lesern die Geseß und den Inhalt der sogenannten Würzburger Noten, die dem Berliner Kabinett am 2. Februar überreicht wurden, und stellt darauf folgende Betrachtungen an: Preußen hat jetzt gewiß nur die Wahl, sich entweder zu fügen und mit Sachsen und den retrograden Mächten an der Spitzgeburt einer Bundesreform zu arbeiten, oder sich ganz aus dem Bunde zurückzuziehen. Das letztere oder die Note hat zahlreiche Unterchriften. Oestreich, Sachsen, Württemberg, Bayern und Hannover sind darauf unterzeichnet, und Hesse-Darmstadt desgleichen. In seiner jetzigen kritischen Lage hält Hesse-Kassel sich zurück. Aber Oldenburg und Braunschweig unterzeichnen. Und Preußen, mit Niemand als Baden, Sachsen-Roburg und einigen kleineren Staaten in seinem Gefolge, bleibt in entschiedener Minorität. Es bleibt zu sehen, welchen Weg die preussische Regierung einschlagen wird. Der Militärverband Cobtha's mit Preußen (ein Beispiel, dem Baden folgen will) muß die Frage bald zur Entscheidung bringen. Der Bund wird diese Konventionen null und nichtig erklären. Wird Preußen auf jede Gefahr hin und gegen allen Widerstand sie aufrechterhalten? Die Hesse-Kasselsche Frage ist ebenfalls folgenreich. Wir werden bald genug von den Wirkungen dieses Bruchs zwischen dem mit den Würzburgern verbündeten Oestreich und dem auf Preußens Seite stehenden deutschen Volke hören. Aber wir können schon jetzt sehen, daß der von Oestreich und seinen deutschen Bundesgenossen gethane Schritt dem preussischen Minister und Monarchen zum Vortheil ausschlagen wird. Vor diesem Angriff auf ihren König und auf die nationale Politik muß, wie es scheint, die preussische liberale Opposition zurückweichen. Sie wird gewiß nicht diesen Augenblick wägen, um das Budget zu betämpfen oder der Regierung des Königs irgend eine Anzahl Truppen zu verweigern. Alles hängt jedoch nothwendig von der Freiheit ab, die der König seinem Minister einräumen und gewähren wird. Graf Bernstorff kann nicht anders, als bereit sein, seine eigenen Worte zu vertreten. Aber wird der König bei ihm fest ausbleiben? Das ist die Frage. — Die Times sagt unter Anderem: Es war sehr verständlich von den Deutschen, daß sie in den letzten Monaten ihre Aufmerksamkeit von jenen auswärtigen Angelegenheiten, die Deutschland nicht betreffen, abgezogen, und ihrer eigenen Bundesverfassungfrage zugewandt haben. Wir wünschen nur, ihre Politiker wären zu einem, ob auch bloß theoretischen, Schluß gelangt. Leider liegt es in ihrer Natur, nie etwas zu beschließen, so lange noch etwas zu prüfen bleibt. Preußen hat jüngst ein Selbstvertrauen gewonnen, das ihm unter dem vorigen König fremd schien. Es ist nicht nur als deutsche, sondern als europäische Macht gestiegen. Der Fortschritt mag freilich mehr vergleichsweise als wirklich sein. Immerhin ist Preußen in Folge davon der Führer Deutschlands. Vor der Hand kann Oestreich für „Fatherland“ wenig thun. Es ist eine Quelle der Gefahr, nicht des Heiles.“ Die Times referirt hierauf den Inhalt des österreichisch-preussischen Notenwechsels in Kürze, und schließt: Während sie sich in Erwartung großer und vielleicht nicht fernliegender Gefahren befinden, lassen die deutschen Fürsten sich mehr von gegenseitlichem Mißtrauen als von Furcht vor dem gemeinsamen Feinde bestimmen. Wir sehen jetzt Preußen auf der Defensiv. Trotz seiner überlegenen Kraft und Stellung begnügt es sich mit dem Widerstande gegen den Versuch der Kleinstaaten, es ins Foch einer Bundesautorität zu zerren. Ein hochgemutheter Monarch würde sein Königreich bald aus solchem Zustande erlösen. An Preußen ist es, die Initiative in Reformplänen zu ergreifen und sich nicht auf Einwürfe gegen die seiner Nachbarn zu beschränken. Alle Deutschen fühlen, daß eine Aenderung geboten ist, und da Preußen keine Politik hat, tritt jeder Fürst und Minister mit seinem eigenen Plan auf. Wofür der Berliner Hof nicht eine große nationale Politik vorzuschlagen hat, so kann er finden, daß selbst die Entwürfe solcher Männer wie Beust zur Geltung kommen, und daß Preußen eine große Gelegenheit zur Behauptung seiner naturgemäßen Führerschaft in deutschen Dingen veräumt hat. — Auch der Globe bringt einen Leitartikel über die „deutsche Note“ und den preussischen Plan zur Bildung eines „engern Bundes“. Die Lage sei sehr kritisch, die allgemeine Spannung Deutschlands und Europas auf den Ausgang gerechtfertigt, denn praktisch genommen, sei Preußen in der identischen Note des Verraths am Bunde bezichtigt. Der Artikel ist übrigens von achtmäthiger Neutralität; nicht ein Wörtchen darin verräth die Tendenz des Schreibers. In der Regel indes, sympathisirt der Globe mehr mit dem preussischen als dem österreichischen Konstitutionalismus. — Chronicle endlich schildert Oestreich als Erzfeind und Hauptindemiß der deutschen Einheit und Freiheit.

[Zagesnotizen.] Zwei Unterhauswahlen sind in den letzten Tagen zu Gunsten der konservativen Partei ausgefallen. In Lincoln wurde der liberale Kandidat, Dr. Hinde Palmer, durch den Gegenkandidaten Hrn. Bramley Moore mit 30, in Great Grimsby Hr. Senaage durch Hrn. Chayman mit 17 Stimmen geschlagen. Beide Orte waren bisher von Mitgliedern der Opposition besetzt. — Nach der Pariser Korrespondenz der Post ist Hr. Stibell, Bevollmächtigter der amerikanischen slaventaatlichen Konföderation, vom Kaiser Napoleon privatim empfangen worden. Im Ministerium des Auswärtigen verboten die Neutralitätssträflichkeiten, ihn zu empfangen. — Lord Palmerston, Carl Granville, Mr. Disraeli und Sir Charles Castlereagh zeigten vorgestern dem Lord Mayor ihre Bereitwilligkeit an, in das Prinz-Albert-Denkmäls-Komittee zu treten. Dies bis gestern Abend auf dem Mansion House gemachten Beiträge belaufen sich auf 32,600 Pfd. St. — Die neuesten Berichte bestätigen die frühere Vermuthung, daß der angeblich gefangene Rena Sabib nicht der echte sei. — Dem neuen hiesigen Zeitungsalmanach für 1862 zufolge werden im Vereinigten Königreich jetzt 1165 Zeitungen veröffentlicht, die nicht-politischen Blätter natürlich mit eingerechnet. Davon 845 in England, 139 in Schottland, 33 in Wales, 134 in Irland und 14 auf den britischen Inseln. (Vor 11 Jahren gab es im ganzen Vereinigten Königreich bloß 563 Journale.) — Vor einigen Tagen ist das British-Museum wieder durch eine interessante antike Marmorgruppe bereichert worden: Europa mit dem Stiere, in Lebensgröße ausgeführt und ausgegraben im alten römischen Amphitheater von Gortiqua auf Kreta. Sie ist neben den carischen und cyprenaischen Skulpturwerken aufgestellt. — Am vorigen Sonnabend ist Hans Busk gestorben, ein Schriftsteller und Linguist, der aus dem Kontinente weniger gefannt, hier aber sehr geachtet war. Er ist 90 Jahre alt geworden, und war in seiner Jugend einige Zeit in Rußland gewesen, wo er unter der berühmten Reitergarde der Kaiserin Katharina diente, deren Mitglieder mindestens 10 Ahen nachweisen mußten. Er lebte in freundschaftlichem Verkehr mit Burke, Sir Philip, Francis, For-

Windham, Sheridan, Canning, Perceval und Biberforce, mit Byron, Moore, Scott und anderen berühmten Zeitgenossen. Was er selbst schrieb, veröffentlichte er meist anonym. Seine „Hebrew Lyrics“, die er in seinem 30. Lebensjahre begann, haben aber auch im Auslande Aufmerksamkeit erregt. — Es liegen die Anweise über den vorjährigen Personenverkehr zwischen England und dem Kontinente vor. Denselben zufolge haben sich von und nach England eingeschifft: in Ostende 19,367, in Antwerpen 1857, in Havre 15,725, in Dieppe 43,044, in Calais 73,606 und in Boulogne 120,838 Personen. In Antwerpen war seit Abschaffung der Pässe kein Register geführt worden, und aus demselben Grunde sind auch die anderen Zifferangaben nicht weniger als genau. Trotzdem stellt sich aus ihnen eine namhafte Zunahme des Personenverkehrs gegen frühere Jahre heraus.

London, 17. Febr. [Die deutsche Frage.] Die Morn. Post sagt in einem Artikel: Deutschland scheint wie Amerika einer Zweitheilung ausgekehrt zu sein. Oestreich warf Preußen den Fehdehandschuh hin, indem es erklärte, Preußens Hegemonie sei unstatthaft, nachdem es selbst doch Italien früher hegemonisirt. Oestreich strebt offenbar nach der deutschen Suprematie und nach der Garantirung seiner nichtdeutschen Besitzungen. Somit ist das Resultat der bisherigen Einheitsagitationen ein entschiedener Dualismus und drohende Trennung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Bund.

London, 18. Febr. [Parlament; aus Newyork.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses tadelte Bright die Sendung von Truppen nach Kanada. Palmerston verteidigte in seiner Antwort diese Truppensendungen und sagte, daß sie zur Aufrechterhaltung der Ehre Englands nothwendig gewesen seien. — Nach Berichten aus Newyork vom 6. d. per Dampfer „Europa“ hätte Seward geäußert, daß, wenn der Staat Maine durch die Erlaubniß zum Durchzuge englischer Truppen verlegt worden sei, die betreffenden Instruktionen modifizirt werden sollten. Nach „World“ war in Washington das Gerücht verbreitet, daß der schwedische Gesandte der Bundesregierung dargehan hätte, daß die Blokade nicht effektiv sei und daß Seward eine Antwort vorbereitet hätte. Die Newyorker Journale meinen, daß die Anerkennung der Südstaaten durch die europäischen Mächte bevorstehe, wenn die militärischen Bewegungen nicht vermehrt würden. In San Francisco war das Gerücht verbreitet, daß vor dem 26. Januar zu Acapulco ein Kurier mit der Nachricht angekommen wäre, die Spanier hätten in einer großen fünfständigen Schlacht an der Nationalbrücke bei Vera-Cruz eine Niederlage erlitten. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 16. Februar. [Die deutsche Frage.] Der neue Streit in Deutschland wird auch hier aufmerksam verfolgt; die liberalen Blätter stehen auf Seiten Preußens, mit dem Vorbehalt natürlich, daß es aus seiner negativen Politik heraustrete und ein bestimmtes Programm verfolge. Das „Siècle“ sagt: Der Antagonismus zwischen Oestreich und Preußen giebt sich täglich lebhafter kund. Wem wird das politische Uebergewicht in Deutschland gehören? Diese Frage würde keinen Augenblick zweifelhaft sein, wenn die preussische Regierung auf ihre Unbeständigkeit verzichtete und endlich die letzten Bande, die sie an die Feudalpartei fesseln brähe. Deutschland ist nicht östreichisch, weil Deutschland freisinnig ist. Das preussische Volk ist unter allen deutschen Bevölkerungen am besten auf die Freiheit vorbereitet; der berliner Regierung kommt es deshalb zu, sich an die Spitze der liberalen Bewegung jenseits des Rheins zu stellen. An dem Tage, an welchem die Regierung ihre Aktion mit der eines deutschen Parlaments vereinigen wollte, würde die ewige Frage der deutschen Hegemonie gelöst sein. — Die Presse bemerkt über dieselbe Angelegenheit: Es ist zu hoffen, daß sich die preussische Regierung diesmal ihres Volkes und der Sympathien des liberalen Deutschlands würdig zeigen wird. Preußen soll nur entschlossen auf seinen Segner losgehen, der zugleich der Segner aller Freiheit und jeder Unabhängigkeit ist. Deutschland kann diesem im Verfall begriffenen Glück nicht länger folgen; es muß das alte Reich entschieden dem nahenden Gericht überlassen, das seine Halsstarrigkeit selbst heraufbeschwört.

[Zagesnotizen.] Nach dem, was man hier vernimmt, fühlt sich die hiesige Regierung durch die öffentlichen Demonstrationen, welche aus Veranlassung der im gelben Buch veröffentlichten Depesche des Marquis Labalette in allen Theilen Italiens gegen die römische Kurie, im Besonderen gegen Kardinal Antonelli, stattfinden, keineswegs sehr geschmeichelt. Herr Thouvenel soll sogar dieser Tage Herrn Nigra hierüber das Mißvergnügen der f. Regierung zu erkennen gegeben haben. Der italienische Gesandte hätte bereits erklärt, daß das Turiner Kabinett alle in diesem Sinne ferner noch beabsichtigten Straßendemonstrationen möglichst verhindern werde; allein dasselbe könne sich der Unterzeichnung der den Haß des italienischen Volkes gegen das weltliche Regiment des Papstes beurlaubenden Petitionen nicht widersetzen. — Seit einigen Tagen verbreitet sich in klerikalen und nicht klerikalen Kreisen das Gerücht, daß die Regierung in Bezug auf Modifikationen des zwischen Pius VII. und Napoleon I. abgeschlossenen Konkordats Großnungen in Rom gemacht habe. — Der russische Gesandte v. Risseff hat dem Kardinal Antonelli zugesagt, daß die polnischen Bischöfe unbelästigt zum Konzil nach Rom ziehen dürften. — Der spanische Gesandte, Mon, ist von Paris abgereist. Marschall Serrano hat seine Enllaßung eingereicht. — Man erwartet ein Dekret, wodurch die Wohlthätigkeitsanstalten Erlaubniß ertheilt wird, ihr Aufgebot bei der Notenumwandlung in zwanzig Terminen zahlen zu dürfen. Es wird nämlich gegenwärtig Alles aufgegeben, um die Departements-, Gemeinde-, Hospizien- und andere Klassen dahin zu bringen, daß sie der Fuldischen Maßregel ihre Unterstützung leihen und als Leckvögel für die Privatrentenhäuser dienen. — Die Akademie der schönen Künste hat in ihrer gestrigen Sitzung Herrn Heinrich Heß, Maler in München, zu ihrem auswärtigen Mitglied ernannt. — Der „Moniteur“ meldet aus Mesched in Rhorassan vom 8. Dez., daß Herr v. Blocqueville, der bekanntlich geraume Zeit von einer turkomanischen Raubhorde in Gefangenenschaft gehalten wurde, seine Freiheit wieder erlangt hat und in Mesched erwartet wurde. — Die siamesischen Gesandten sind am 31. Dezember am Bord der „Européen“ auf der Rbede von Saigon angekommen. Gleichzeitig kamen 350 Mann Besatzung an. — Kontreadmiral Vernoad soll zur Belohnung für die Einnahme von Bien Hoa zum Vizeadmiral ernannt werden. — Herr v. Roujou, Direktor der Kolonien, wird zum Staatsrath ernannt werden. — Am die türkischen Truppen aus dem Libanon zu entfernen, soll das schon in der Konvention von Konstantinopel stipulirte Gendarmeriekorps in der Stärke von 2000 Mann baldigst organisiert werden. — Nach Berichten aus der Havannah vom 18. Januar sollen dort Depeschen des General-

Doblado, der an der Stelle des Präsidenten Suarez die oberste Leitung der Geschäfte in Mexiko in der Hand hat, eingetroffen sein. Diese Depeschen verlangen den Abbruch eines Waffenstillstandes und eine Unterredung mit dem Chef der vereinigten Expedition. — Ein Adjutant des Generals Almonte und zwei Mitglieder der Deputation, welche die Anhänger der mexikanischen Monarchie nach Europa abgedandt hatten, haben sich gestern in England eingeschifft. Sie sollen günstige Antworten nach Mexiko zu überbringen haben. — Gestern fand der Ball des deutschen Hülfvereins statt. Fast alle deutschen Diplomaten und ein großer Theil der hiesigen Deutschen wohnten demselben an.

[Zur mexikanischen Frage.] Der „Constitutionnel“, der bisher die mexikanische Thronfrage vollkommen ignoriert und den anderen privilegierten Journalen, der „Patrie“ und dem „Pays“, die vollkommene Verantwortlichkeit aller auf diesen delikaten Punkt bezüglichen Behauptungen überlassen hatte, läßt sich aus Wien folgendes schreiben: „Der Plan, Mexiko in einen monarchischen Staat zu verwandeln und ihm den Bruder unseres Kaisers, den Erzherzog Maximilian, als Oberhaupt zu geben, wird hier keineswegs so ungünstig betrachtet, wie einige unserer Journale behaupten. Vor Allem hat der Gedanke, eine neue Dynastie durch einen Nachkommen Karls V. in den nördlichen Gegenden zu gründen, welche dieser mächtige Kaiser vor drei Jahrhunderten mit seinem östereichischen und spanischen Reiche vereinigt gehabt hatte, etwas Schmeichelhaftes für den Nationalstolz. Sodann hat die Hoffnung, daß die Diplomatie in Folge dieser Transaktion einen ziemlich ehrenhaften Ausgangspunkt finden könne, um mit unserer Regierung über die Abtretung Venetiens gegen andere territoriale Kompensationen und pekuniäre Entschädigungen in Unterhandlung zu treten, nichts Beunruhigendes für den Besten unserer Patrioten. Leider ist es eine zu bewährte Thatsache, daß unsere Herrschaft in Italien uns unter den jetzigen Verhältnissen dermaßen schwere Lasten auferlegt, daß bei einer noch längeren Dauer dieses Zustandes, der Ruin unserer Finanzen die unvermeidliche Folge sein würde. Man begreift sehr wohl, daß das Projekt eines Verkaufs Venetiens mit der Ehre unseres alten Reiches nicht vereinbar sein würde. Aber die Gründung eines Trons für den populärsten Prinzen der kaiserlichen Familie scheint der Art Unterhandlungen über den Austausch unserer italienischen Besitzungen gegen andere Territorien und gegen pekuniäre Entschädigungen zu erleichtern. Deshalb spricht man sich auch trotz des großen Bedauerns, mit welchem man den Erzherzog Maximilian von Oesterreich abtreiben sehen würde, allgemein (?) zu Gunsten dieses Projekts aus.“

[Aus Syrien.] Der „Moniteur“ hebt in einer besonderen Mittheilung aus Beyrut vom 30. Januar hervor, daß Daud Pascha zwei Mörder, einen Drusen und einen Maroniten, die von dem Ober-Mehdi des Libanon als schuldig erkannt worden waren, in der Nacht vom 19. auf den 20. Sebney, zwei Stunden von Beyrut, hat hingerichtet lassen. Es habe dieser Akt strenger Gerechtigkeit einen sehr guten Eindruck auf die Bevölkerung hervorgerufen; die christlichen wie die nicht-christlichen Bewohner des Gebirges fühlten sich unendlich wohler in dem Bewußtsein, eine starke Regierung zu haben, und das Ansehen Daud Pascha's sei durch diese Hinrichtung ungemein im Libanon gestiegen. Das ganze Land erfreue sich eben der vollkommensten Ruhe.

[Deutsches Hospital in Paris.] Wie die deutsche „Parisier“ meldet, ist in der jüngsten Komite-Sitzung des deutschen Hülfvereins von einem seiner eifrigsten und thätigsten Mitglieder der Antrag gestellt worden, die zur Gründung eines deutschen Hospitals in Paris nöthigen Mittel durch Veranstaltung einer großartigen Lotterie aufzubringen. Die Dringlichkeit und Nothwendigkeit eines Hospitals mache sich von Tag zu Tag fühlbarer, und das Komite hat in einstimmiger und gerechter Würdigung des Vorschlags einen engeren Ausschuss erwählt, welcher sich mit den weiteren Einzelheiten dieser wichtigen Angelegenheit zu beschäftigen hat. „Wir hoffen und wünschen“, fügt das genannte Blatt hinzu, „daß es demselben gelücken möge, die Geister und Herzen der Bewohner des engeren und weiteren Vaterlandes für diese Idee zu begeistern, und daß reichliche Gaben die Verwirklichung des Projekts ermöglichen.“

Paris, 17. Februar. [Adresse des Senats.] In dem Adressenwurde des Senats heißt es in Bezug auf Italien: Es sei schwerlich zu bedauern, daß jener Konflikt die Gewissen beunruhige. Die französische Regierung habe, als sie sich bei den nationalen Forderungen betheiligte, die Interessen des Katholizismus nicht vergessen. Der Kaiser werde mit dem Senate hier die unmäßigen Präntifikationen, dort die Unerschütterlichkeit des Widerstandes bewahren. Aber des Kaisers Rathschläge seien weise und man müsse fortfahren, zu sagen, daß die größten Werke zu ihrer Begründung der Mäßigung nicht entbehren können und daß die gerechtesten Dinge durch extreme Weigerung auf Ferwege gerathen. (Tel.)

Belgien.

Brüssel, 18. Febr. [Telegr.] Nach der „Independance“ hätten die französischen Minister, insbesondere Villault, die Adressenkommission Erläuterungen gegeben, die große Sympathie für Italien bekunden, aber geradezu erklären, daß die Okkupation Roms aufrecht erhalten bleibe.

Italien.

Turin, 16. Febr. [Kleine Notizen.] Das Abgeordnetenhaus hat den Gesetzentwurf genehmigt, welcher den Bau der Eisenbahn von Larent nach Reggio gutheißt. — Das Ministerium hat den Befehl nach Genua ergehen lassen, sofort eine Fregatte auszurüsten, die sogleich nach Mexiko abzulegen hat. Der Kommandant hat die Befehlung, sich dem Geschwader der Allirten anzuschließen und gegebenen Falls den Befehlen des französischen Admirals zu gehorchen. — Aus Rom, 11. Febr., wird laut einer Pariser Depesche gemeldet, daß Cialdini Befehle zu Truppenkonzentrationen in Umbrien ertheilt habe, und daß die Besagung in Orvieto verstärkt wurde. — Kardinal Barberini ist an der Stelle des jüngst verstorbenen Kardinals Pianetti zum Sekretär der Breven wie zum Großkanzler der päpstlichen Ritterorden ernannt. Er ist die einzige noch übrige Eminenz von denen, welche Leo XII. freite. — Die römische Polizei erlaubt den Damen nicht mehr, Blumensträuße mit ins Theater zu nehmen. Kürzlich mußte die Gräfin Camillo ein prachtvolles Kamellenbouquet am Eingange abgeben. Turin, 17. Februar. [Aus der Kammer.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer drückte La Farina seine Be-

riedigung über den mit Preußen abgeschlossenen Postvertrag aus. Nicasoli sagte, daß unter den Völkern, welche die meisten Sympathien für Italien zeigen, das preussische sich befinde. Auch die preussische Regierung gebe günstige Gesinnungen kund, denn ihr Repräsentant sei immer in Turin geblieben und der Seitens Italiens zur Krönungsfeier nach Königsberg gesandte Botschafter sei daselbst ehrenvoll aufgenommen worden. (Tel.)

Neapel, 11. Febr. [Demonstrationen.] Die Theilnehmer der am Sonntag stattgehabten Demonstration begaben sich gleichfalls vor das englische Konsulat und forderten den Konsul auf, auf seinem Balkon zu erscheinen, was jedoch nicht geschah. Der französische Konsul erklärte in einem an den „Pungolo“ gerichteten Brief, daß er sich nur deshalb auf seinem Balkon gezeigt habe, um auf die Ehre des Kaisers und Frankreichs ausgebrachten Bivats zu antworten; er habe keinen anderen Ruf vernommen.

Rom, 12. Febr. [Verhaftungen.] Der „Korresp. Hav.“ wird geschrieben: „Die Polizei hat Herrn Renazzi verhaftet. Man schöpfe gegen ihn Verdacht, als man sein Dienstmädchen häufig in sehr eleganter Bekleidung Briefe aus der Post abholen sah. Man hielt eine Haussuchung und fand viele kompromittirende Briefe aus Turin und Florenz, italienische Fahnen und Kokarden, sowie eine Masse Zettel, die mit „Si“ (Ja) beschrieben waren. Renazzi war bis jetzt Geschäftsführer des Prinzen Joseph Bonaparte. Es sind seitdem die Untersuchungen gegen ihn eingeleitet ist, bereits mehrere Personen verhaftet worden.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Febr. [Vom Kuban.] Nach den neuesten Berichten vom Kuban-Gebiet ist es am 15. Jan. zwischen dem Kabardebataillon und den Bergbewohnern beim Uebergange über den Jars zu einem hitzigen und anhaltenden Scharmügel gekommen, welches erst, nachdem bedeutende Verstärkungen herbeigekommen waren, mit der Bluth des Feindes endigte. Kufscherseits wurden bei dieser Affaire 2 Mann getödtet und 2 Offiziere und 27 Mann verwundet. Der Feind ließ 8 Tode auf dem Platze. (H. N.)

Warschau, 14. Febr. [Päpstlicher Nuntius; Vorfälle; Zivil-Gouverneur; Verhaftungen.] Wie der „Gazeta Polska“ aus Rom geschrieben wird, soll die Kongregation der Kardinalen den Erzbischof von Thessalonich, Msgr. Franchi, zum Nuntius in Petersburg gewählt haben und diese Wahl vom Papste bereits bestätigt worden sein. Der neue Nuntius soll eine sehr geeignete Persönlichkeit für diese schwierige Stellung sein. — Zum ersten Mal beim Statthalter, Generaladjutanten Häders, welcher am Freitag den 14. im königlichen Schlosse stattfinden soll, sind über 400 Einladungen ergangen, und ist man sehr darauf gespannt, ob und wie stark sich dabei die Eingeladenen polnischer Nationalität betheiligen werden. — Aus der Provinz sind fast sämtliche Zivilgouverneure und Militärchefs hier anwesend; man will dazu den Grund in verschiedenen Verabungen zur Ausführung der neuen Institutionen, sowie des Rekrutierungsgesetzes, finden. — Seit einigen Nächten haben wieder mehrere Verhaftungen stattgefunden. (A. P. Z.)

Warschau, 15. Febr. [Verurtheilungen.] Die heutige Nummer des Regierungsorgans enthält (wie schon telegr. gemeldet) eine Liste von 144 Personen, welche, nach Verkündung des Kriegszustandes für aufreizende Handlungen gegen die Regierung und für Theilnahme an den politischen Anordnungen bis zum (15.) 27. Januar d. J. verurtheilt worden sind, mit Ausschluß derjenigen, deren Urtheil schon früher öffentlich angezeigt worden ist. Den Reihen eröffnet der Drucker Adam Maciejewski von hier, welcher zehntausend Exemplare der aufzührischen Broschüre „Drei Wochen Fasten“ druckte, mehr als viertausend Exemplare dieser Schrift ausgab und außerdem aufreizende Gedichte und Werke bei sich aufbewahrte. Er ist zu schweren Arbeiten auf zehn Jahre verurtheilt. Nun folgen 56 Personen, welche unter Beibehaltung ihrer Standesrechte zum Militärdienst verurtheilt sind; unter ihnen 12 für Beleidigung von Soldaten und Mitgliedern der Polizeiwache im Dienste; 28 für offenen Ungehorsam gegen die Behörde, Mißachtung der Vorschriften des Kriegszustandes und Abfingen der aufreizenden Lieder in den Kirchen nach Verkündung des Kriegszustandes, 16 für beständige Theilnahme an allen Unordnungen und Manifestationen gegen die Regierung. Diese letzteren sind fast insgesamt Studenten der hiesigen medizinischen Akademie. Die dritte Abtheilung enthält diejenigen, welche im Kaiserreiche internirt worden sind. Hier sind 24, nämlich 20 Priester für aufreizende Reden, Aufwiegelung des Volkes und Abfingen der verpönten Lieder, und 4 andere Personen für thätige Theilnahme an den Manifestationen gegen die Regierung. Die vierte Abtheilung enthält 7 Ausländer (1 Schweizer, 6 Preußen), welche für Theilnahme an den Unordnungen ins Ausland zurückgeschickt worden sind und nicht mehr hierher zurückkehren dürfen. In der fünften Abtheilung lesen wir die Namen von 3 Personen, welche auf 2 oder 3 Jahre in die Strafkompagnien eingestellt sind. Die sechste und letzte Abtheilung besteht aus 53 Personen, welche zur Haft in Festungen, Gefängnissen und Hauptwachen verurtheilt sind, weil sie aufreizende Handlungen ausführten, die Liever sangen und den Behörden ungehorsam waren. Sie sind meist auf 2 Wochen bis 6 Monate, einer auf 1 Jahr, zwei auf 3 Jahre verurtheilt. Unter ihnen befindet sich der junge Graf Heim, Starbek, welcher auf 3 Monate verurtheilt ist. Viele von ihnen sind bereits inzwischen frei geworden. Die Namen der ehemaligen Delegationsmitglieder von Warschau, sowohl der Geistlichen, als der Bürger, sucht man in dieser Liste vergebens. Man hofft aufs Neue auf ihre Begnadigung. (Schl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Februar. [Aus dem Reichsrat.] Ueber die Befestigungen in Schleswig, Dannemerkstellung und Düppel mit Alsen und Friedericia, hat sich der Kriegsminister General Thestrup in der Sitzung vom 12. Febr. ungefähr folgendermaßen geäußert: Friedericia sei früher schwach gewesen, jetzt sei der Hauptwall stark und sieben neue Außenwerke befüßten die östlichen Fronten und die Lagerstellung am Strande. Düppelberg sei früher ganz unbefestigt gewesen, jetzt würde diese Position durch zehn große Werke verteidigt und zwei Brückenköpfe sicherten die Verbindung mit Alsen. Man sage, die Dannemerkstellung sei zu lang, doch sei sie deshalb nicht schwach. Sie sei gedeckt durch große Ueberfluthungen und durch die Schlei. Die Hauptstellung sei nur $\frac{3}{4}$ Meile lang und gedeckt durch starke Schanzen. Eine Armee wäre dort vortrefflich gestellt, dort könne man den Kampf mit einem

überlegenen Gegner aufnehmen. Sie zwänge den Feind, eine große Stärke aufzubieten und zeige den befreudeten Mächten, daß wir uns Anfangs selbst helfen wollten. Sie zeige endlich den Bewohnern der Halbinsel, daß man ihre theuersten Interessen kräftig zu wahren beabsichtige. Der Konseilspräsident Hall zeigte gegen Antsifer, daß die Herausforderung Holstein-Lauenburgs eine unvermeidliche Konsequenz der ganzen politischen Lage sei. Die Vereinigkeit sei das Beste, nur gezwungen durch die Verhältnisse habe man sich zu dem vorge schlagenen Schritte bequemt zc. „Wir erfahren“, schreibt man dem „Hamb. N.“ in Bezug hierauf, „daß allerdings alle Vorbereitungen getroffen sind, die holstein-lauenburgische Heeresabtheilung auszufordern. Es ist eine Art Zustand eingetreten, wie kurz vor 1852, wo General Bardenheyl an der Spitze des holstein-lauenburgischen Kontingents stand. Verschiedene Beamte im Kriegsministerium sind bereits designirt. Den holsteinischen Ständen wird es dann obliegen, für die Bedürfnisse dieser Truppen Sorge zu tragen, wenn bis dahin sich die Verhältnisse nicht überhaupt noch ändern. Luxemburgs Beispiel dient wesentlich zum Vorbilde. Man hält es nicht für unmöglich, daß die Konsequenzen der hfttorischen Entwicklung am Ende auch zur Hebung des Indignats, doch ohne rückwirkende Kraft eines neuen Gesetzes, führen können.“

Türkei.

Konstantinopel, 5. Februar. [Die See-Expedition; Finanzielles.] Die Expedition, welche die Pforte nach dem Adriatischen Meere schickt, besteht aus fünf Schiffen, wozu noch ein Dampfer zum Kreuzen an den Küsten kommen soll. — Bis zum 28. Januar waren in der Kasse zur Einlösung der Raimes in Konstantinopel 53,929,907 Piaster eingetroffen. Die Kommission zur Prüfung der Rechnungen der schwedenden Schuld hatte bereits mehrere Sitzungen gehalten. Die Ausgabeposten wurden einer Kommission ad hoc zugewiesen. Ueber die Klassifizierung der verschiedenen Schulden, besonders der unter dem jetzigen Grosherrn abgeschlossenen, sollen Bedingungen zur Kontroliierung aufgestellt werden. Eine neue Anleihe wird dem Vernehmen nach nicht lange auf sich warten lassen.

Vom Landtage.

Haas der Abgeordneten. — Mit Bezug auf das von dem Provinzial-Schulkollegium zu Koblenz an die Direktoren der Gymnasien, Realschulen und anderen Unterrichtsanstalten der Rheinprovinz erlassene (auch von uns mitgetheilte) Zirkular über das Verhalten der Lehrer den Agitationen der Parteien gegenüber, hat Dr. Naar, unterstützt von 34 Abgg., folgende Interpellation an den Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten gerichtet: Indem dieses Zirkular sich nicht damit begnügt, die von „aufgezügelter und bitterer Leidenschaftlichkeit“ zeugende Theilnahme an den Agitationen der Parteien im öffentlichen Leben zu rügen, sondern diese Theilnahme überhaupt, auch wenn sie sich von jedem Fehler frei hält, als mit den Berufspflichten des Lehrers unvereinbar darstellt, indem ferner mit Rücksicht auf den Zeitpunkt dieses Erlasses die Vermuthung liegt, daß darin unter den Agitationen der Parteien im öffentlichen Leben zunächst nichts Anderes, als die kaum erst beendete Wahlbewegung verstanden werden soll, hiernach also nicht etwa bloß die leidenschaftlich erbiterte, sondern überhaupt die Theilnahme an diesen als für den Lehrer ungeeignet aufgefaßt wird, indem endlich das Provinzial-Schulkollegium in den Schwurworten des Erlasses seinerseits die Würdigung des Lehrers wesentlich mit an der erörterten Gesichtspunkte knüpfen zu wollen erklärt, und die einem Befehle gleichkommende Erwartung hinzufügt, daß sie kein Lehrer außer Acht lassen werde: so vermag ich in dem vorstehenden Erlasse der obersten Unterrichtsbehörde der Rheinprovinz nur den befohrigen Verstand zu erkennen, die Lehrer der Unterrichtsanstalten jenes Landes theilhaftig an der Ausübung der ihnen, gleich allen übrigen preussischen Staatsbürgern, verfassungsmäßig zustehenden politischen Rechte zu hindern oder ihnen doch die Ausübung derselben zu verkümmern, um so befohrigen Verstand, als die unbestimmte Fassung des Zirkulars ebenso unbestimmten Befürchtigungen Raum giebt, und ganz darauf berechnet erscheint, im Kreise der Lehrer eine derselben unwürdige Einschüchterung hervorzuzeigen und dadurch gerade denjenigen Stand, welchem die Pflege der Gerechtigkeit und männlichen Kraft in den aufblühenden Geschlechtern anvertraut ist, zu feiger Selbsterleugnung herabzudrücken. In der Ueberzeugung nun, daß mein Verständnis des erwähnten Erlasses von der überwiegenden Mehrzahl nicht bloß der rheinischen, sondern der preussischen Lehrer insgesamt getheilt wird, und daß es für die Landesvertretung wie für das Land selbst von höchstem Interesse ist, den eigentlichen Ursprung jenes Erlasses zu erfahren, richte ich an den Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten die Frage: ob das mehrerwähnte Zirkular auf seinen Befehl oder mit seiner Billigung von dem Provinzial-Schulkollegium zu Koblenz erlassen worden.

Die Petitionskommission hat ihren zweiten Bericht abgefaßt; er umfaßt 19 Petitionen. In diesem Berichte befinden sich u. A.: 1) eine Petition des Kreisphysikus A. D. und Direktor eines Instituts für Heilgymnastik Dr. A. G. Neumann zu Berlin, betreffend die Gleichberechtigung der Homöopathen, Sympathie, Heilgymnastik und des thierischen Magnetismus mit der Allopathie. Die Kommission schlägt den Uebergang zur Tagesordnung vor. 2) Die bekannte Petition des Robert Arbanell aus Lissa, die Herren Athana und Matamoros in Spanien betreffend. Die Kommission hat nach der von der Regierung gemachten Mittheilungen beschloffen, bei dem Hause zu beantragen: in Erwägung, daß dasselbe aus den Mittheilungen des Herrn Ministerialkommissars in der Kommission mit Genugthuung davon Kenntnis genommen, daß die königl. Staatsregierung bereits die geeigneten Schritte in der Sache getan, zur Tagesordnung überzugehen. Auch der Kaufmann Ranniga figurirt wieder unter den Petenten, und diesmal beschwert er sich darüber, daß man die von ihm verlangte Einleitung einer Untersuchung wegen Nordes abweise und ihn für wahnhaftig erklärt habe. Die übrigen Petitionen sind von Zuvailden, welche um Erhöhung der Unterstüzung bitten, von Schandberechnungen u. i. w. ausgegangen. Auch drei Postbeamten befinden sich wieder unter den Petenten. Die Kommission schlägt überall Uebergang zur Tagesordnung vor.

Der Antrag des Abg. Weggen und 15 Genossen, den neulich irtthümlicherweise dem Abg. Westen zugeschrieben wurde, lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, daß es dringend geboten ist: 1) daß die königl. Staatsregierung die volle Verantwortlichkeit des unanständigen Verhaltens der deutschen Nation, welches in der durch eine monarchische Zentralgewalt und ein gemeinsames Parlament dargestellten staatlichen Einigung besteht, offen als das Ziel ihrer Politik ausspricht und verfolgt, und 2) daß sie, um sich die zur Erreichung dieses Zieles nöthige Sympathie der deutschen Volkstämme zu erwerben, zu sichern, vor Allem den freiwilligen Ausbau der preussischen Verfassung in ihrem ursprünglichen Geiste, und die Umgestaltung aller Einrichtungen im Staate, welche mit denselben nicht vollständig im Einklange sind, — ernst und kräftig in die Hand nimmt. Gründe: Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Zentralgewalt, wenigstens in militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten. Die Verechtigung des deutschen Volkes zur Mitwirkung bei der Leitung dieser Angelegenheiten in einem gemeinsamen deutschen Parlament. Die Nothwendigkeit der Sympathie des deutschen Volkes, um dieser deutschen Politik Preußens Eingang und Erfolg zu verschaffen. Die Erwerbung dieser Sympathie durch die Begründung eines Staatslebens innerhalb Preußens, wie es den Bedürfnissen der deutschen Volkstämme, und zwar auch der in freier Beziehung am meisten fortgeschrittenen, entspricht.

Der dem Antrage des Abg. Dr. v. Hünne (Slogau) und 40 Mitgliedern beigefügte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Eide der Juden, besteht aus 2 Paragraphen und lautet: §. 1. Die Eide der Juden werden mit der Eingangsformel: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und mit der Schlussformel: „So wahr mir Gott helfe“ geleistet. §. 2. Alle von den allgemeinen Gesetzen abweichenden Vorschriften über die Eide der Juden, insbesondere die Paragraphen 317, 318, 323, 355 Tit. 10 Theil 1 der Allgemeinen Gerichtsordnung werden aufgehoben. — Das Bedürfnis des gedachten Gesetzes wird nach den Antragstellern dadurch begründet, weil die bisherigen Formen bei Eideleistungen der Juden für die jüdischen Glaubensgenossen etwas Kränzendes und Beliebiges enthalten und nach den Grundgesetzen der mosaischen Religion nicht nothwendig sind.

Die Abgg. Harfort und 28 Genossen haben einen, mit dem bereits in der vorigen Session bereits eingebrachten identischen Antrag nebst Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Errichtung von Pensionskassen für die Wittwen und Waisen der Elementarlehrer aller Kon-

feffionen. die Genehmigung zu ertheilen. Dem Entwurfe entnehmen wir folgende Paragraphen. §. 1. In jedem Regierungsbezirk wird eine allgemeine Pensionskasse für Wittwen und Waisen der Elementarlehrer aller Konfessionen errichtet; die bereits bestehenden Institute fallen ebenfalls unter die Bestimmungen dieses Gesetzes. §. 2. Die Verwaltung verbleibt bei der Regierung. Als Kuratoren der Kasse werden aus der Zahl und durch die Mitglieder der Anstalt 3 Vertreter gewählt, welche die Regierung bestätigt. §. 3. Die Einnahmen bestehen: aus den Zinsen der vorhandenen Kapitalien, aus den Vermächtnissen und Geschenken, aus den jährlichen Kollekten, aus den Zuschüssen der Staatskasse, aus den Beiträgen der Lehrer und aus den Beiträgen der Gemeinden. §. 4. Jeder provisorisch oder definitiv angestellte Lehrer zahlt vier Thaler Antrittsgeld ein für alle mal und ferner einen jährlichen Beitrag von 3 Thlr. Die Schulgemeinde ist ebenfalls zu einem jährlichen Beitrage von 3 Thlrn. für jeden Lehrer verpflichtet. §. 5. Die Vermächtnisse, Geschenke und Zuschüsse des Staats werden zu den Kapitalien geschlagen, deren Zinsen nur zur Verwendung kommen. §. 6. Die Jahresbeiträge der Lehrer und Gemeinden, sowie die Eintrittegebühren und Kollektengelder werden zu laufenden Pensionen verwendet, deren Minimum 30 Thlr. ist. Die Zinsen der Kapitalien bilden zunächst als Reserve für außerordentliche Fälle; der Ueberschuss wird jährlich ebenfalls als Extraabende unter die Pensionäre verteilt. Zunächst haben die Wittwen jener Vereine die erhebliche Kapitalien in das Gesamtvermögen einbringen, verhältnismäßige Ansprüche daran, die nach dem Tode der jetzt lebenden Mitglieder erlöschten. §. 7. Pensionen erhalten die Wittwen bis zu ihrer Wiederverheirathung oder bis zum Tode, und eheliche Kinder des Verstorbenen (auch aus einer früheren Ehe) bis zum zurückgelegten 14 Jahre, je zur Hälfte, dergestalt, daß beim Auscheiden oder Nichtvorhandensein des einen berechtigten Theils der andere zur Erhebung kommt. Die Auszahlung erfolgt in halbjährlichen Raten. Arrestlegung durch Gläubiger ist unstatthaft. §. 8. Ehemalige Lehrer haben ihren Beitrag (§. 4) nur so lange zu entrichten, als wie sie pensionsberechtigte Frauen und Kinder haben. §. 9. Unser Minister des Kultus etc. ist beauftragt, diese Pensionskassen in Ausführung zu bringen und die näheren Bestimmungen durch Verordnung festzustellen. Motive: Dieser Entwurf wurde bereits 1861 eingebracht, allein aus Mangel an Zeit kam derselbe nicht zur speziellen Beratung, dagegen erkannte der Kommissionsbericht vom 3. Juni die Grundzüge an: 1) daß in jedem Regierungsbezirk eine solche Kasse bestehen soll, 2) daß bei der Verwaltung der Kassen eine Mitwirkung der Interessenten in geeigneter Weise eintrete, 3) die Gemeinden verpflichtet werden, jährliche Beiträge für jeden Lehrer zu zahlen. Auf die frühere Begründung vom 17. April 1861 wird Bezug genommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie, welchen die Abg. Graf v. Benzin, v. Denzin, v. Seimbrot unterstützt durch 18 Mitglieder der konservativen und katholischen Fraktion eingebracht haben, umfaßt 27 Paragraphen. Der §. 1 sagt: Die mit dem Besitze eines Gutes verbundene ortsobrigkeitliche Gewalt wird aufgehoben. Die Ausübung der bisherigen Gerichtsbarkeit derselben ist fortan ein königliches Amt. Jeder Kreis, mit Ausschluß der Städte, wird in Polizeibezirke getheilt (§. 2). In der Regel bildet jede Ortsgemeinde einen Polizeibezirk (§. 3). In dem Polizeibezirk wird die Polizei als ein Ehrenamt verwaltet (§. 4). Der Polizeiverwalter wird aus den Bewohnern des Bezirkes vom Kreisrathe gewählt, von der Regierung bestätigt und vom Landrath vereidigt. Die Wahl ist zunächst auf Besitzer, Pächter oder Administratoren großer Güter des Bezirkes, und in Ermangelung derartiger geeigneter Personen auf andere im Bezirke wohnhafte Männer zu richten. Die Bestellung erfolgt auf Lebenszeit, erlischt aber, wenn der Erwählte seinen Wohnsitz aus dem Polizeibezirk verlegt (§. 5). Der Landrath hat auch ferner die gesamte Polizeiverwaltung im Kreise und dessen einzelnen Bezirken zu leiten und zu überwachen (§. 6). Der Schulze (Gemeindevorsteher) ist das Organ des Polizeiverwalters für die Polizeiverwaltung (§. 7). Die folgenden Paragraphen handeln von den Rechten und Pflichten des Schulzen. Die Ehrenpolizeiverwalter verwalten ihr Amt uneigentlich, sind aber berechtigt, den Ertrag ihrer ewigen baaren Auslagen zu verlangen (§. 14). Die auf die Kommunalverwaltung bezüglichen Befugnisse, welche bisher einen Theil der ortsobrigkeitlichen Gewalt bildeten, werden fortan vom Kreisrath ausgeübt (§. 17). Bis zur Umantion einer Kreisordnung werden die in diesem Gesetze dem Kreisrath beizulegenden Funktionen dem Kreislandrath übertragen (§. 27). Motive: Die Antragsteller geben dem vorstehenden Entwurf vor dem der Regierung um deswillen den Vorzug, weil er die prinzipiellen Mängel des gegenwärtigen Zustandes id est „die absolute Käuflichkeit obrigkeitlicher Ämter“ und „seiner Disharmonie mit der Verfassung“ in gleicher Weise beseitigt, sich doch näher an das Bestehende anschließt und namentlich die beiden Hauptvorzüge des alten, nämlich: a) die lokale, b) die kostenfreie Ausübung der Polizei in weit höherem Grade, als jener wahr, und weil er ferner die Einheit in der Kreisadministration aufrecht erhält, ohne sich deshalb die bürokratischen Tendenzen des Regierungsentwurfs anzueignen, weil endlich die Prinzipien einer gesunden Selbstverwaltung sowohl durch seine allgemeine Bestimmungen als auch besonders dadurch verwirklicht, daß er dem Polizeiverwalter das Recht nimmt, „nach dreijähriger Führung des Amtes dasselbe ohne Gründe niederzulegen“, in welchem Rechte die Antragsteller zwar einen indirekten, aber doch sichern Weg erblickten, das Land mit einem bedenklichen Schwarm schlecht besoldeter Beamten zu überschwemmen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Febr. [Zur Amnestie.] Se. Maj. der König hat durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 12. d. M. in Ausführung des Gnadenerlasses vom 18. Oktober v. J. bestimmt, daß, um Härten zu vermeiden, auch diejenigen Personen, welche vor dem 18. Oktober verurtheilt worden sind, und welche nach dem 18. Oktober entweder die dagegen eingelegten Rechtsmittel zurückgenommen haben, oder in den folgenden Instanzen unter 6 Wochen Gefängniß bestraft worden sind, als mitemmentst zu erachten seien. Durch diese Allerhöchste Ordre finden die Meinungsverschiedenheiten ihre Erledigung, welche bei den Gerichtshöfen bezüglich des Zeitpunktes der Rechtskraft im Sinne des Amnestierlasses vom 18. Okt. v. J. obwalteten.

EO Posen, 19. Febr. [Grundsteuer-Regulierungs-Kommission.] An der Spitze der Grundsteuer-Regulierungs-Kommission für den Reg. Bez. Posen steht als Bezirkskommissar der Chef der Kgl. Generalkommission, Präsident Klebs, demselben beigeordnet als Techniker der Obergeometer, Baumeister Neutanz. Unter dieser Bezirkskommission stehen, entsprechend den 17 Kreisen des Regierungsbezirks, 17 Verwaltungs-Kommissionen. Jede dieser Kommissionen besteht aus dem Veranlagungskommissar (zum Theil Regierungsräthe, Landräthe oder Spezialkommissarien), 8 beigeordneten (gewählt aus der Zahl der Grundbesitzer) und 3 oder 4 Geometern als Technikern. Jeder Kreis ist wieder in 4 Bezirke getheilt, zu deren jedem 2 der obigen beigeordneten und 1 Geometer gehören. Die Grundsteuer-Regulierung zerfällt in 3 Stadien: 1) die Rektifizierung der Karten, 2) die Bonitierung (oder Abschätzung), 3) die Berechnung für die Grundsteuerveranlagung. In Bezug auf das erstere haben die 50 Geometer, die dafür innerhalb unseres Regierungsbezirks beschäftigt sind, bereits so weit vorgearbeitet, daß zu Ostern 1/3 des Materials zur Bonitierung technisch vorbereitet, d. h. 1/3 der Karten aus allen Kreisen kopirt und rektifizirt sein wird. Zum Kopiren waren in unserer Stadt den ganzen Winter über etwa 8—10 Kopisten zur Aushilfe beschäftigt, weil die Kräfte in den einzelnen Kreisen nicht ausreichten. Ueberhaupt mußten 2/3 des Geometersonsals aus anderen Provinzen (besonders aus den Rheinlanden) zur Hülfe herbeigezogen werden, da die Anzahl der in unserer Provinz stationirten Geometer nicht ausreichte. Die Bonitierung der Grundstücke erfolgt zum nächsten Sommer auf Grund der neu kopirten und rektifizirten Karten in jedem einzelnen Bezirke, deren, wie oben bemerkt, 4 zu jedem Kreise gehören, durch den Veranlagungskommissar, 2 beigeordnete, und den Geometer des Bezirks. Auf Grund dieser Bonitierung wird dann später die

neue Grundsteuer für jeden einzelnen Grundbesitz berechnet und veranlagt werden.

Posen, 19. Febr. [Gustav-Adolf-Stiftung.] Ueber eine Anzahl höchst erfreulicher Unterstützungen, welche verschiedenen evangelischen Gemeinden unserer Provinz aus der Hand der wieder zugegangen sind, entnehmen wir dem „Kirchlichen Anzeiger für die evang. Gemeinden Posen's“ Folgendes: Der Ausgang des alten und der Beginn des neuen Jahres hat uns sehr viele Liebesbeweise auswärtiger Glaubensgenossen gebracht, und die zahlreichen Freunde und Freundinnen des Vereins werden einige Mittheilungen darüber gewiß dankbar aufnehmen. Gerade zum Jahresabschluss überschickte uns der Brandenburger Hauptverein die von ihm seit dem Sommer vor. J. für unsere Provinz bewilligten Liebesgaben: 100 Thlr. für Gzempin, 100 Thlr. für Latowice, 50 Thlr. für Konsinsele, 100 Thlr. für Straszew, Sa. 80 Thlr. zu den Kirchenbauten der genannten Gemeinden. Zwei Tage später gingen 26 Thlr. vom Zweigverein (Gardau) (Djerpunen) für Kojewo-Kaczowerdorf hier ein. Für eben diese Gemeinde erfolgte vor vier Wochen das Geschenk eines Ungenannten mit 84 Thlrn. durch den Hauptverein Berlin; gleichzeitig spendete dieselbe Hand 84 Thlr. für Schwarzwalb. — Eine zu Anfang des Jahres bei Einendung des üblichen Vereinsberichts an den Zentralvorstand in Leipzig gerichtete dringende Bitte um möglichst baldige auferordentliche Hülfe für einige Posenische Gemeinden hatte unerwartet raschen und glücklichen Erfolg, da der Zentralvorstand seinerseits 700 Thlr. für Sobotta bewilligte. Mit Einschluß dieser beiden Gaben sind am 30. Januar im Ganzen 2184 Thlr. von Leipzig aus für die Posenischen Gemeinden Adelnau, Chladowo, Jutroszin, Klecko, Latowice, Konsinsele, Kojewoerud und Sobotta hier eingegangen, und werden die beiden letztgenannten nun wohl im Stande sein, ihren Kirchbau im Lauf des Sommers zu Ende zu führen; unter den Helfern aber befinden sich die Hauptvereine Hamburg, Rötzen, Leipzig, Seiden, Neustreltz, Stettin, Stuttgart und der Frauen-Verein in Dresden. — Doch nicht bloß in Geldspenden; sondern auch in anderer Weise hat sich die heilende Liebe der Glaubensgenossen kund gegeben. Am letzten Christabend traf eine Gabe des Leipziger Frauen-Vereins hier ein: ein kunstvoll in Holz gearbeitetes Kreuz für eine schön gehäkelte Altartafel; diese beiden Stücke sind zugleich mit einer aus Kasse gezeichneten Altartafel von der Gemeinde Patokó; die kürzlich ihren ersten Festlichen erhalten hat, mit großem Danke empfangen worden. Ein zweites Christfest von großem Werthe ist der Gemeinde Schwarzwalb zugefellt worden (Abendmahls-tisch, Gastenbüchse, Patene, Altartafel zum Kommunion-Wein und zwei Blumenkränze zum Altar Schmuck) aus dem kleinen Städtchen Pegau im Königreich Sachsen. Und wer sind die Geber? Der Gesellenverein, die Schutzmanns- und der Frauen-Verein in Pegau; wie die auf den Gaben angebrachten Inskripten bezeugen; dazu haben die Sonntagsschüler in Pegau noch eine Altartafel hinzugefügt. — Vom Frauenverein in Wiesbaden endlich ist dieser Tage eine große Riste mit Verkleidungsgegenständen für arme Konfirmanden der Gemeinde Adelnau hierher geschickt und weiter befördert worden. — Von manchen freundlichen Hilfsleistungen, welche einzelnen unserer Gemeinden direkt zugehen, hören wir erst nachträglich. So hat kürzlich Pastor Reinhard hierher gemeldet, daß ihm ein Katholik in Rathenow eine prachtvolle Altartafel zugefellt, und daß Schullehrer in Neustadt a. d. Dosse eine Geldsammlung veranstaltet haben, um für Kojewo-Kaczowerdorf einen Taufstein zu spenden. — Wir haben also reichlich Ursache zum herzlichsten Danke. Möchten Alle unter uns, die Gottes Gnade nicht bloß mit der Wohlthat evangelischer Erbauung im Gottesdienste, sondern auch sonst mit Gaben gesegnet hat, so oft sie von den kirchlichen Nothständen unserer oft in weiter Zerstreuung lebenden Gemeinden vernehmen; durch vorstehende Mittheilungen von brüderlicher Hülfe sich an das Wort des Herrn mahnen lassen: „So gehe hin und thue desgleichen!“

V. Posen, 19. Febr. [Verurtheilungen.] In der gestrigen Sitzung des Kriminalsenats des hiesigen Appellhofes kam ein Preßprozeß wider den Probst v. Prusinowski in Gräz zur Verhandlung. Der Angeklagte, obwohl Abgeordneter zum Landtage, verübte bekanntlich bereits eine ihm, wegen eines anderweitigen Preßvergehens zuerkannte zweimonatliche Gefängnißstrafe. Gegenstand des jetzigen Verfahrens war eine anonym erschienene polnische Broschüre: „Die polnische Sprache gegenüber dem preussischen Recht“, zu deren Autorschaft sich v. Prusinowski theilweise bekannt hatte. Die Oberstaatsanwaltschaft, vertreten durch den Assessor Dr. Mittelsädt, hielt die gegen das freisprechende Urteil erster Instanz eingelegte Appellation aufrecht, suchte auszuführen, daß die inkriminirte Druckchrift zum Ungehörigam gegen bestehende Geseze und Verordnungen der Obrigkeit aufreize, und beantragte auf Grund des §. 87 des Strafgesetzbuchs eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten und Vernichtung der Druckchrift. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen der Oberstaatsanwaltschaft an, und erkannte, nach erfolgter Reproduktion der Beweisaufnahme durch Verlesung der Broschüre, gegen den Angeklagten zusätzlich zu der früher erkannten Strafe auf noch einen Monat Gefängniß und Vernichtung der Druckchrift. — In derselben Sitzung wurde, gleichfalls auf die Appellation der Staatsanwaltschaft gegen ein freisprechendes Urteil des hiesigen Kreisgerichts, auf Vernichtung der photographischen Abbildungen erkannt, welche von einem dem Abgeordneten v. Niedgolowski, Seiten seiner Landsleute, als Anerkennung für seine Interpellation im Abgeordnetenhause, oder, wie es in der betreffenden Aufschrift heißt: „für die Enthüllung der gegen das polnische Volk verübten Verbrechen“, verehrten metallenen Denksäule angefertigt und verbreitet worden waren.

K — [Die Hausbettelei] ist ein Uebelstand über den auch in Posen häufig geklagt wird, der aber ohne Hülfe des Publikums durchaus nicht zu beseitigen ist. (Es ist schon neulich mitgetheilt, daß hier ein Verein gegen diesen großen Uebelstand in der Bildung begriffen ist. D. Red.) So lange aus falscher Humanität viele unserer Mitbürger dem Grundsatz folgen, jedem sie ansprechenden Bettler ein, wenn auch noch so geringes Almosen zu geben, viele sogar sogenannte Hausbettel haben, die sich allwöchentlich Almosen holen, ist für die Zahl der dürftigen, und diese ist in allen Städten groß und wird leider stets größer sein, ein starker Anreiz gegeben von Haus zu Haus umherzugehen und an die Thüren ihrer begüterteren Mitbewohner zu pochen. Sonnabends begegnet man auf den Straßen häufig dürftig belledeten Männern und Frauen, die oft truppenweise umherziehend, sich Almosen aus bestimmten Häusern abholen und dabei auch in der Nachbarschaft ansprechen. Nicht wenige Bettler kommen auch aus den umliegenden kleinen Städten und Dörfern hieher. Nach dem Str. G. B. § 341 soll mit Gefängniß bis zu 6 Wochen bestraft werden, wer bettelt, oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt. Auch wer Personen, die zu seiner Hausgenossenschaft gehören und seiner Gewalt und Aufsicht übergeben, vom Betteln abzuhalten unterläßt, soll mit gleicher Strafe belegt werden. Durch Verabreichung von Almosen in den Häusern werden nun eine Menge Personen zur Uebertretung dieser Vorschriften verleitet und angereizt, umso mehr als Bestrafungen selten erfolgen. Denn das gerichtliche Strafverfahren setzt voraus, daß bestimmte Thatsachen dem Richter vorgelegt und nachgewiesen werden. In den meisten Fällen nehmen aber die um Almosen Angeprochenen Anstand, dem nachtragenden Beamten dies mitzutheilen, geschweige denn selbst davon Anzeige zu machen. So kommt es, daß ungeachtet der strengen Vorschrift die Hausbettelei nicht aufhört, denn die Bettler hüthen sich natürlich in Gegenwart der Polizeibeamten Andere anzusprechen und die freie Bewegung auf der Straße darf ihnen Niemand beschränken, denn sie sind Bürger eines Rechtsstaates so gut wie Andere. Oft dient die Hausbettelei auch nur zum Vorwand von Diebstählen. So wurden

vor einigen Tagen in der Breitenstraße von einem Bettler zwei Messingdrücker abgescraubt, und ein Knabe, der hier in der Küche eines Hauptmannes ein Almosen erbat und erhielt, zog heimlich den Staubenschlüssel ab, um ihn einem Nachschlüsselstrolche zu überbringen oder für einige Pfennige zu verkaufen. Uebrigens ist das Verabfolgen von Almosen an unbekannte Personen auch vom christlichen Standpunkte aus nur ein sehr schwaches Verdienst. Oft ist es nichts anderes als ein Abfinden mit dem eigenen Gewissen, welches gebietet, bei wirklichem Unglück und Glend thätig einzuschreiten und die rechte Hülfe zu bringen!

h — [Die öffentlichen Uhren Posen's.] Bekanntlich wird vom Berliner telegraphischen Zentralbureau um 8 Uhr Morgens nach allen Stationen des Staates hin die Zeit telegraphirt. Wir sind natürlich hier um mehrere Minuten zuvor, und zwar, da wir um 3 1/2 Grad östlicher liegen, um 14 Minuten. Nach der Uhr, die sich auf unserm Telegraphenbureau befindet, stellen die städtischen Uhrmacher die betreffenden öffentlichen Uhren, die unter ihrer Aufsicht stehen. Als Normaluhr gilt bei uns die Postuhr; außerdem haben wir an öffentlichen Uhren: die Domuhr, die zwei Uhren auf dem Rathhause, auf dem Thurm des Regierungsgebüdes, auf dem Polizeidirektorium, auf dem Kreisgerichte, am neuen Militärkasern, am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und an der Gässanstatl. Zu wünschen wäre eine möglichst Gleichmäßigkeit des Ganges dieser Uhren, woran es allerdings noch sehr fehlt. Sehr vortheilhaft für das Publikum wäre auch eine Uhr auf dem weithin sichtbaren Thurme der Kreuzkirche. Die einzige Uhr, die auch während der Nacht erkennbar ist, die Postuhr, die bekanntlich stets erleuchtet wird. Gewiß wäre es zweckmäßig und erwünscht, wenn diese Einrichtung auch noch bei anderen öffentlichen Uhren, z. B. bei der am Polizeidirektorium und bei der untern Uhr an der Front des Rathhauses getroffen würde, da namentlich bei der letzteren auch eine sehr lebhaft Passage stattfindet.

— [Diebstahl.] In dem neuen Hause des Hrn. Sagger auf St. Adalbert wurden unlängst 26 Stück Treppenverzierungen von Zinkguss, jede etwa 2 Pfd. schwer, abgebrochen und entwendet. Der Eigentümer, dessen schöne Treppe dadurch verunstaltet ist, bietet für die Entdeckung des Frevlers eine Belohnung. Hälfte der Dieb für das gestohlene Metall nicht einen bereitwilligen Abnehmer gefunden, so würde er um des geringen Gewinns willen sich schwerlich der Gefahr der Entdeckung und Bestrafung ausgesetzt haben. Aber die Fehler sind für die öffentliche Sicherheit meist noch gefährlicher, als die Diebe.

B. — [Stadttheater.] Im Verlauf der letzten Wochen ist die Oper „Undine“ fünfmal bei stark besuchtem Hause zur Aufführung gekommen; außerdem ist „Johann von Paris“ von Boidieu bei überfülltem Hause zum Benefiz unserer beliebten Sängerin Fel. Holland dem diesjährigen Repertoire hinzugefügt worden, und gesten die „Zauberflöte“ von Mozart, ebenfalls bei überfülltem Hause, zum Benefiz für den Bassisten Stengel. Es ist daraus zu ersehen, daß unser Publikum für bessere musikalische Genüsse, wie sie in diesem Jahre die Opervorstellungen bieten, sehr empfänglich ist, und die Anstrengungen belohnt, welche die Direktion in dieser Saison gemacht hat. In der That müssen wir den Fleiß und den Ernst der Einübung anerkennen und uns freuen über die Erfolge. In der Vorstellung der „Zauberflöte“ waren die Leistungen des männlichen Chors besser als gewöhnlich, der weibliche Chor dagegen mangelhaft. Der Benefiziat Hr. Stengel wurde mit Beifallsbezeugungen beim ersten Auftreten empfangen, die er auch durch Spiel und Gesang verdiente, indem die Rolle des Sarastro vorzugsweise für seine Stimmlage und Individualität paßt; auch war Fel. Klog als Pamina sehr brav; nicht minder fanden Hr. Grunow als Papageno und Hr. Holland als Königin der Nacht verdiente Anerkennung.

N. Hul, 17. Febr. [Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins.] Die am 13. d. hier abgehaltene Versammlung der Nationalvereinsmitglieder begann mit Verlesung des Protokolls der Januarversammlung. Anknüpfend an dieses, theilte der Vorsitzende ein Schreiben des Dr. Woffe aus Gräz mit, welches dieser zur Kenntniß der Versammlung gebracht wissen wollte. Der Verein glaubt es dem Herrn Verfasser dieses Schreibens, der sich durch seinen Bericht vom 14. Jan. d. J. in seiner Ehre gekränkt fühlt, zu schulden, und der Öffentlichkeit die Kenntnißnahme von einem derartigen Konglomerat der Begriffs- und Thatsachenverwechselung, gepaart mit Hochherzigkeit der Empfindung, wie solche in dem Schreiben zu lesen ist, nicht vorenthalten zu dürfen und nimmt somit in seinen gegenwärtigen Bericht diese „Erwiderung“ wörtlich wie folgt auf: „Gräz, 19. Jan. 1862. In der Pos. Zig. vom 18. d. M. den unzürl der Buder Nationalverein die Namen derer, welche nicht für seinen Kandidaten zum Abgeordnetenhause gestimmt haben. Meinem Namen hat man auch diese Ehre angethan. Als ob ich je aus Deutschland meine politische Meinung verleihe hätte! Ich hüme als Deutscher für Polen! Wer nicht Völkerrrecht mit Völkerrrecht verwechselt, wird mich verstehen! — Dr. Woffe.“

Sapientia sat! — Weiter kam zur Verlesung ein Schreiben des Geschäftsführers Streit aus Koburg, durch welches der Obergerichtsanwalt W. an Begleit a. W. seine Dienste für Germanisationsbestrebungen in der Provinz anbietet. Der Verein nahm das Anerbieten dankbar an und beschloß, sich mit Hrn. W. in Verbindung zu setzen. — Die Erweiterung des „Vereins der deutschen Landwirthse“ in einen „Verein zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz“ wurde freudig begrüßt und beschlossen, dem Vereine zahlreich beizutreten. Es erfolgte gleich die Beitrittserklärung aller Teilnehmer der Versammlung; die abwesenden Mitglieder sollen in kürzester Zeit zum Beitritt aufgefordert und dann unter Beifügung der betr. jährlichen Beiträge die geschlossene Liste dem Herrn v. T. zu D. überhandt werden. Die von dem Posener Verein zur Förderung der deutschen Interessen in der Provinz“ ausgehende Petition an das Haus der Abgeordneten, Betreffs Verlegung der Wahlbezirke in der Provinz, wurde von der Versammlung unterzeichnet, nachdem man sich vorher geeinigt hatte, eine schon früher beschlossene Petition in derselben Angelegenheit (jedoch mit Zugrundelegung anderer Vorschläge für die künftigen Wahlen) fallen zu lassen. — Neue Beitrittserklärungen erfolgten zwei. Baron v. F. aus dem Birnbaumer Kreise war wieder unter uns. Die nächste Versammlung ist für den 13. März angesetzt.

G. Faraczewo, 18. Febr. [Wohlthätigkeit.] Am Sonntage kamen auf dem hiesigen Liebhabentheater zum Besten der Armen ohne Unterschied des Bekennnisses zwei Stücke: „der Bürgergeneral“ von Göthe, und „Lorenz und seine Schwester“ von W. Friedrich, zur Aufführung. Das Spiel der Dilettanten fand lebhaftes Anerkennen und gewiß mit Recht. Wenn wir allen verehrten Gästen, die der Vorstellung an diesem Abende bewohnten, um des Zweckes willen zu lebhaftem Danke verpflichtet sind, so gebührt ebenso die wärmste Anerkennung dem Mitternachtsbesucher v. Faraczewo, der bei dieser Gelegenheit eine außerordentliche Liberalität bewies. Auch die Familie Hepner und der Bürgermeister des Orts haben mannichfache Opfer gebracht, so daß die bedeutende Einnahme von 83 Thlrn. erzielt werden konnte, eine Summe, mit welcher die Noth vieler Armen gelindert werden wird.

Vermischtes.

Das heftige Schneeweben hat die Eisenbahn zwischen Insterburg und Gumbinnen in den letzten Tagen unpassierbar gemacht, so daß Personen und Briefschaften von Insterburg per Extrazug befördert werden mußten. Von Insterburg 3 Meilen entfernt, ist die Bahn eine große Strecke durch 9 Fuß hohe Schneeburgen verschüttet gewesen, zu deren Räumung von Gumbinnen aus Militär entsendet werden mußte, während von Königsberg aus ein Eisen-

(Fortsetzung in der Beilage.)

abhängig 100 Arbeiter zur Arbeit an die Stelle beförderte, die nach 2 1/2-tägiger Arbeit am Sonntage zurückkehrten.

Darmstadt, 15. Febr. Gestern fand die Ausgrabung der Leiche der ersten Ehefrau Jakob's in Gegenwart des Kriminalrichters, sowie der Sachverständigen in der ersten Affisenverhandlung statt. Der Leichnam war außer den Knochen ziemlich verwest. Es wurde die Partie von der Brust bis zu den Beinen zur Untersuchung herausgenommen und soll sich hierbei ein Theil des Innern noch in jenem Zustande gefunden haben, daß ein Sachverständiger einen bestimmten Körpertheil mit Bestimmtheit entweder als Magen oder als Leber anerkennen wollte. Die öffentliche Meinung verlangt übrigens immer allgemeiner auch die Ausgrabung des ersten Ehemannes der vergifteten zweiten Ehefrau Jakob's, des längst verstorbenen Metzgermeisters Rungesser.

Vor den letzten Affisen des Departements Vaucluse du Rhône erschienen zwei englische Matrosen unter der Anklage des Mordes. Ihre Vertheidigung war Herr Martial Bouteille anvertraut, und dem Talent des jungen Advokaten gelang es, eine Freisprechung zu erwirken. Sogleich eilte der in Marseille residirende englische Konsul zu dem Vertheidiger nach Aix, dankte ihm und bot ihm sein Honorar an. Der Advokat weigerte sich es anzunehmen, worauf sich der Konsul mit den beiden Matrosen entfernte und sie mit Geld versehen nach England schickte. Neulich kam in Aix eine Kiste

mit der Adresse des Advokaten an. Man packte sie aus und fünf prächtige, reich eingebundene Bände kamen zum Vorschein, auf denen sich die Wappen der Königin Victoria und folgende Inschrift befanden: „Die englische Regierung dem Herrn Martial Bouteille, Advokaten in Aix, als Anerkennung für das Talent, den Eifer und die Uneigennützigkeit, mit welcher er ihre Unterthanen vertheidigte.“ Diese fünf Bände enthalten die Sammlung der englischen Gesetze. Der Dichter des „Laienbreviers“, Leopold Schefer, ist am 13. Febr. in Folge eines wiederholten Schlaganfalls zu Muskau in hohem Greisenalter gestorben.

Angewommene Fremde.

Vom 19. Februar. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Gutsächter Meiler aus Nafel, Administrator Brieger aus Breslau, die Kaufleute Gahmann aus Dresden und Friedmann aus Breslau. HOTEL DU NORD. Hauptmann in der Gendarmrie v. Siegroth aus Bissa, Rittergutsbesitzer v. Graeve aus Borek, die Kaufleute Pfizner aus Dresden und Manfiewitz aus Lissa. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Degen aus Berlin und Holz aus Worms, Rittergutsbesitzer v. Wolanski aus Barde, Geschäfts-Agent Bepel aus Pele, Fräulein Klug aus Mrowino, Oberamtmann Burghard aus Weglewo und Bantier Levy aus Lissa. HOTEL DE PARIS. Kaufmann Wendland aus Glogau, Gutsächter Goltski aus Nietzjanowo, Gutsbesitzer v. Drzészki und Frau Gutsbesitzer v. Westerska aus Borgejewo.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Gulewicz nebst Frau aus Rosclanti, v. Wpchlinski und Kommissarius Woyciachowski aus Unie, Schlossermeister Urbanowicz, Sr. Ger. Beamter Kwiatkowski und die Küchenermeister Postogalski und Swieczkowski aus Wreschen. MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Landwirth Steinkopf aus Göta, die Kaufleute Wolff und Ahlhelm aus Gietzin, Boigtländer aus Breslau, Lude, Hochstein und Zauber aus Berlin, Petersen aus Hilden, Schlicht aus Magdeburg und van Meerbeek aus Paris. BAZAR. Frau Gutsbesitzer Gräfin Zoltowska aus Zarognewice, die Gutsbesitzer v. Mikorski aus Karnizewo, v. Sczaniecki aus Storagzewo, v. Krzytoporski aus Wiszyczyn, v. Zuchlinski aus Uzarzewo und Partikulier v. Goscimski aus Warschau und Gutsverwalter Kadzprych aus Zarognewice. HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Neumann nebst Frau aus Inowracław, Weis und Levy aus Berlin, die Gutsbesitzer Baron v. Netzenstein nebst Frau aus Rabowice, v. Bröder aus Jatzewo und Hoffmann aus Licianowo, Domänenpächter Kemanowski aus Mosiczi, Eisenhammerbesitzer Frickes aus Rognowomühle, die Deponomen Siemiakowski aus Lublin und Meigner aus Zirle, Kreisbaumeister Sargenbeck aus Wreschen und Ober-Zinspeltor Schöbber aus Zialyba. BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Warschauer aus Stenjewo, Wöhner aus But, Guttman aus Breslau und Mendelsohn aus Moskrow, Viehhändler Kladow aus Guschterhauand und Gutsbesitzer Störzewski aus Polen. EICHENER BORN. Die Kaufleute Lewicki aus Pefjern und Hirschfeld aus Margonin, Handelsmann Gerjahn aus Polajewo und Fräulein Karpen aus Dudewitz. DREI LILLIEN. Gutsbesitzer Kreichmann aus Kosmin, Lehrer Köschke aus Radom, die Kaufleute Kuntel aus Wngrowitz und Knoll aus Gräg.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung,

betreffend die Ausreichung der 2. Folge von Kupons und Talons zu den neuen Pöserer Pfandbriefen.

Die den hjährigen Zeitraum vom 1. Juli 1862 bis zum 30. Juni 1867 umfassende 2. Folge von Kupons und Talons zu den von uns emittirten neuen Pöserer Pfandbriefen, einschließlich derjenigen, welche Anfangs die Bezeichnung „Kreditschaine“ erhalten haben, wird von unserer Kasse hieselbst vom 1. April 1862 ab ausgereicht werden.

Der gedachten Kasse sind zu diesem Behufe die bei der 1. Kuponsfolge befindlichen Talons, (ohne Pfandbriefe und ohne den zum 1. Juli 1862 fälligen Kupon), mit einem, aus einem ganzen Bogen bestehenden Verzeichniß, entweder persönlich oder durch frankirte Briefe mit der Post zu übersenden.

In beiden Fällen muß das Verzeichniß ersichtlich machen

- a) die vollständige und deutlich geschriebene Adresse des Einreichenden, b) die Talons, geordnet nach den Beträgen (Serien), der Pfandbriefe und innerhalb einer jeden Serie, nach den Nummern der Pfandbriefe, alsdann aber deren Summe nach Stückzahl.

Erfolgt die Einreichung persönlich, was nur Vormittags von 9-1 Uhr an den Wochentagen zulässig ist, so ist das Verzeichniß in 2 Exemplaren vorzulegen, wovon der Einreichende das eine mit einer Quittung der Kasse über die Talons zurückerhält. Die Abholung der neuen Kupons und Talons ist demnächst an dem in der Quittung angegebenen Vormittage gegen Rückgabe der letzteren zu bewirken, indem eine sofortige Ausreichung der neuen Kupons und Talons unter keinen Umständen möglich ist.

Erfolgt die Einreichung mit der Post, so ist das nur einfach erforderliche Verzeichniß zugleich mit einer Quittung über den Empfang der betreffenden Stückzahl neuer Kupons für die Zinsenterrmine vom 2. Januar 1863 bis zum 1. Juli 1867 und Talons zu versehen und die Uebersendung der Kupons und Talons findet alsdann an einem der nächstfolgenden Tage, mittelst bloßer Kuverts, unfrankirt und unter Deklaration des Geldbetrages derselben mit der Post statt.

Formulare zu solchen Verzeichnissen für den einen oder den andern Fall sind bei unserer Kasse, so wie bei

unseren Generalagenten, den Herren Hirschfeld & Wolff in Berlin resp. in Posen unentgeltlich in Empfang zu nehmen. Die sorgfältige und richtige Ausfüllung müssen wir zur Vermeidung von Aufenhalt und Weiterungen dringend empfehlen. Außerdem haben sich unsere genannten Generalagenten zur unentgeltlichen Beschaffung der 2. Folge an Kupons und Talons bereit erklärt. Diejenigen Pfandbriefsinhaber, welche hiervon Gebrauch machen wollen, haben jedoch ihre Talons nebst dem oben gedachten Verzeichnisse in duplo den Herren Hirschfeld & Wolff bis spätestens am 15. Mai d. J. zu übergeben.

Königliche Direktion

des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen. Graf von Königsmark.

Mit Bezug auf obige Bekanntmachung der königlichen Direktion des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen können die Talons zu den neuen 4prozentigen Pöserer Pfandbriefen vom 1. April bis spätestens den 15. Mai d. J. zur Erhebung der neuen Kupons bei uns eingereicht und diese alsdann nach wenigen Tagen kostenfrei in Empfang genommen werden. Die Talons sind in doppelten Verzeichnissen nach Kapitalsgröße und Nummernreihe geordnet, bei uns einzureichen.

Auch sind die Herren Oppenheim & Schweitzer in Breslau, L. Bamberg's Wwe. & Söhne in Glogau, S. Abel jun. in Stettin, Paul Bayonne in Dresden von uns beauftragt, die Talons von genannten Pfandbriefen vom 1. April bis 10. Mai d. J. in Empfang zu nehmen, und die neuen Kupons kostenfrei auszureichen. Berlin, den 17. Februar 1862.

Hirschfeld & Wolff,

Königliche Landschafts-Generalagenten des neuen Pöserer Kreditvereins.

Bekanntmachung.

Zum Kommissarius für Anmeldung der Handelsfirmen und Führung der Handelsregister nach Vorschrift des Handelsgesetzbuchs, des Einführungsgesetzes desselben und der Ministerial-Instruktion vom 12. Dezember 1861 ist der Herr Kreisrichter Mitzel ernannt, welcher die Anmeldungen vom 1. März d. J. ab in den Morgenstunden von 10-11 Uhr, im Zimmer Nr. 1 Parterre, des königlichen Kreisgerichts entgegenzunehmen wird. Herr Kreisgerichts-Sekretär Mentzel ist demselben beigeordnet. Hiervon wird die Kaufmannschaft der Stadt und des Kreises Posen in Kenntniß gesetzt. Posen, den 12. Februar 1862.



Kürzeste und billigste Eisenbahnroute für Personen und Güter nach und von Belgien, Frankreich und deren Seehäfen:

- a) Per Ruhrort von und nach Norddeutschland, den nördlich und östlich angrenzenden Ländern: Rußland, Schweden, Danemark etc. b) Per Düsseldorf von und nach Mitteldeutschland, Sachsen, Oesterreich etc.

Die internationalen und Transitgüter können von beiden Seiten auf Aachen, resp. Düsseldorf und Ruhrort durchgehen, an welchen Orten sich Hauptzollämter für die Zollabfertigung befinden. Bei Ruhrort erfolgt der Rheintrajekt der Güter in Eisenbahnwaggons ohne Umladung durch ein hydraulisches Hebewerk nach dem System von Armstrong, (das erste derartige auf dem Kontinente), mit Leichtigkeit, Sicherheit und Schnelligkeit.

Die Frachtbriefe sind ausdrücklich mit dem Vermerk „via Ruhrort“ oder „via Düsseldorf“ zu versehen.

Die zollamtliche Behandlung der Güter wird durch unsere Agenten: de Gruyter, Swalmius, von der Linden & Co. zu Ruhrort, W. Bauer zu Düsseldorf und Schiffers & Preyner zu Aachen gegen feste billige Vergütung besorgt. Diese Agenten sowohl, wie die Herren Kommerzienrath v. Essen zu Altona, Charles Petit & Co. zu Lübeck und Meyer H. Berliner zu Stettin und Breslau werden auf Erfordern die direkten Tarife verabfolgen, und ebenso wie die unterzeichnete Direktion jede wünschenswerthe Auskunft erteilen.

Aachen, den 2. Januar 1862.

Königliche Direktion

der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn.



Rob. M. Sloman's Packetschiffe

durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden expedirt:

von Hamburg direct nach New-York und Quebec am 1. und 15. eines jeden Monats.

Zur Annahme von Passagieren und Auswanderern für diese Schiffe von Herrn Rob. M. Sloman allein ermächtigt, empfehlen wir dieselben allen Reisenden und Auswanderern, unter Zusage der besten und gewissenhaftesten Beförderung. Nähere Auskunft erteilen unsere Herren Agenten und auf frankirte Briefe Donati & Co., concess. Expedienten in Hamburg.

Möbel- und Waaren-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich Freitag den 21. Februar c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1 Birnen- und Eisen-Möbel, als: Sopha, große und Kinderbettstellen, Waschtisolen, Küchenspinde, eine hölzerne Waage mit eis. Waagebalken, einen eis. Ofen, eine Wäschrolle, Schantutenstiften, einen großen Hühnerstall zur Hühnerzucht, Handwerkzeuge, silberne Taschenuhren, goldene Ringe, Kleidungsstücke, kurze Waaren und eine Partie Cigarren, öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. Zobel, gerichtl. Auktionator.

Gutskauf und Pachtgeschäft. Gutskauf- und Pachtungen werden jeder Größe gesucht durch das Güter-Agentur-Komtoir von Wilhelm Buschin in Frankfurt a./O.

Bekanntmachung. Die Fischerei-Nutzung in den hiesigen Seen soll von Johann d. J. ab fernerweit auf 6 Jahre verpachtet werden. Die Verpachtungsbedingungen können hier eingesehen oder werden gegen Kopialien in Abschrift mitgetheilt werden. Pacht-Offerten sind bis 1. Mai d. J. hier Amte schriftlich oder mündlich abzugeben.

Die Fischerei in den circa 8000 Morgen großen Seen ist sehr ergiebig, namentlich an Zanten, Welzen, Hechten, Schleien, Barschen, Brassen u. s. w. Schlawa bei Fraustadt, den 16. Febr. 1862. Das Grätlich von Fernemont'sche Rent-Amt.

Deutscher Phönix.

Versicherungsgesellschaft in Frankfurt a. M. Grundkapital der Gesellschaft: Gulden 5,500,000 (Zhlr. 3,142,850 Pr. Crt) Reservefonds = 1,075,116 = 614,352

Die Versicherungsgesellschaft „Deutscher Phönix“ bringt hiermit zur Anzeige, daß sie den Herrn Louis Müller in Posen zu ihrem Hauptagenten ernannt hat, nachdem Herr M. G. Döpner daselbst von der Hauptagentur zurückgetreten ist.

Frankfurt a. M., den 15. Februar 1862. Der Verwaltungsrath. M. Carl Freiherr von Rothschild.

Der Direktor des „Deutschen Phönix“. Löwengard.

Auf vorstehende Bekanntmachung Bezug nehmend, erlaube ich mir hiermit die mir übertragene Hauptagentur angelegentlich zu empfehlen.

Der Deutsche Phönix versichert gegen Feuerschaden zu äußerst billigen Prämien alle beweglichen Gegenstände.

Die Prämien der Gesellschaft sind fest, so daß unter keinen Umständen Nachzahlungen stattfinden. Bei Gebäudeversicherungen gewährt die Gesellschaft durch ihre Polizeibedingungen den Hypothekargläubigern besonderen Schutz.

Prospekte und Antragsformulare für Versicherungen werden jederzeit unentgeltlich verabreicht, auch ist der Unterzeichnete gerne bereit, jede weitere Auskunft zu erteilen. Posen, den 15. Februar 1862.

Der Hauptagent des „Deutschen Phönix“. Louis Müller, Wallischei Nr. 1.

Blumenfreunde und Landwirthe benachrichtigen wir hierdurch ergebenst, dass wir Herrn A. E. Döpner, Firma: Mittler'sche Buchhandlung in Posen beauftragt haben, unsere neuesten Preis-Courante von Samen und Pflanzen, welche wichtige öconomische Einführungen und ausgezeichnete Zierpflanzen enthält, unentgeltlich zu verabfolgen und Aufträge, um welche wir ergebenst bitten, entgegenzunehmen. Gebrüder Villain, Kunstgärtner und Samenzüchter in Erfurt.

Blühende Topfgewächse werden im Günther'schen Garten, Mühlentstraße Nr. 10 billigst verkauft.

Gelben Riesen-Kamel-Ährensamene, fortgezüchtet aus der bekannten ausgezeichneten Breslauer Popschen Gattung, der Schesfel 5 Zhlr., die Maße 10 Sgr., verkauft C. Heinze, Vorwerkbesitzer in Klefo, Kreis Gnesen.

Beachtungswerth!! Es werden einige 1000 Scheffel gute rote und weiße Splartoffeln zu kaufen gesucht. Wo? erfahren Selbstverkäufer beim Hrn. Destillateur Müller, St. Martin 46.

Auf dem Dominium Neudorf podgorna bei Wloklaw stehen 103 schwer fette Hammel zum Verkauf. Neudorf, den 17. Februar 1862. H. Nersel.

Arbeitsunfähige oder todte Pferde werden zu den höchstmöglichen Preisen gekauft von der Terezeer Fabrik Frank, Fabrikbeamter.

Die so rühmlichst bekannt Schweißjohlen,

in dem Strumpfe zu tragen, die den Fuß beständig trocken und warm erhalten, daher besonders den an Schweißfuß, Gicht und Rheumatismus Leidenden zu empfehlen sind, verkauft für Posen und sämtlicher Umgegend das Paar zu 6 Sgr. 3 Pf., 3 Paar 18 Sgr., und giebt Wiederverkäufern angemessenen Rabatt hier M. Klein, Schuhmachermeister, Wilhelmstraße 9, Frankfurt a. O., im Februar 1862.

Rob. v. Stephani.

Ein blaues englisches Tafelservice à 12 Personen, ein dito Theeservice, mehrere Sophas, Spiegel, Glas und Porzellan, Kupferstiche in Glas und Rahmen, Statuetten und einige gut eingebundene Bücher klassischer Schriftsteller, zu einer Privatbibliothek geeignet, so wie werthvolle Bauwerke, sind sogleich aus freier Hand zu verkaufen Kanonenplatz Nr. 10 Parterre.

Schirtungs, zu Bett- und Besorfwäsche sich ganz vorzüglich eignen...

S. H. Korach, Wassertr. 30.

Apfelwein, Borsdorfer, 14 St. für 1 Ehlr., 2 1/2 Ehlr. 10 St.

Berlin. F. A. Wald, Hauptvogelplatz 7.

Nach Eröffnung der Schiffsahrt werden Holzfähre oder Zillen zur Verladung mehrerer hundert Klaffen Brennholzer...

Ein Rechtsanwalt in einer kleinen Stadt, im polner Departement, sucht einen gewandten Bureaubeamten...

Diejenigen die an meine in diesem Monate zu Gratz verstorbenen Schwester Zette Benjamin noch Zahlungen zu leisten haben...

Bei D. Zanke in Berlin erscheint und ist durch die Witzlersche Buchhandlung in Posen zu beziehen:

Mühlbach, Friedrich der Große und sein Hof. Illustrierte Prachtausgabe.

Der Besitzer eines Fabrik-Stabiliments in einer größeren Provinzialstadt wünscht einen umsichtigen, sichern Mann...

Ein unverheirateter Gärtner, der mit dem Obst- und Gemüsebau ganz vertraut ist...

Ein Zieglmeister und mehrere ungerheir. Gärtner erbitten passende Stellen durch...

Die Wirthin (selbst) wird auf einem Gute nahe bei Gnesen zum 1. April c. gesucht.

Ein gebildeter junger Landwirth, 26 Jahr alt, welcher in Pommeren und Ostpreußen fundationiert hat...

Ein junger Mann, der bereits 4 Jahre in einem Manufaktur- und Tuchgeschäft ist...

Ein jüdische Wirthin in gelesten Jahren, die mit dem Zubereiten der Speisen gut Bescheid weiß...

Ein ungerheirateter, in seinem Fache erfahrener Gärtner, welcher in großen Gärten geleitet hat...

Diejenige die an meine in diesem Monate zu Gratz verstorbenen Schwester Zette Benjamin noch Zahlungen zu leisten haben...

Auch Diejenigen, die etwa Pfänder bei ihr liegen hatten, können dieselben binnen 14 Tagen gegen Zahlung des geliehenen Betrages...

Das ganze Werk wird aus 3 Bänden bestehen und jeder Band 8-10 Lieferungen...

Einige Pakete auf den Namen Levy ist bei der Post verloren. Finder 15 Sgr. Belohnung in Hotel Berlin.

Morgen Abend Eisbeine bei Scholz, Mittelstr.

Familien-Nachrichten. Statt jeder besonderen Meldung. Allen theilnehmenden Verwandten und Bekannten...

Forsthaus Ludwigsberg, den 17. Februar 1862. Spieler, königl. Oberförster, und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen, Berlin: Fr. v. Kanckholz mit Frn. v. Spangenberg...

Verbindungen. Berlin: Fr. A. Meyer mit dem Gmna. Lehrer Dr. Roelkechen.

Todesfälle. Frau A. Klade geb. v. Alvensleben in Berlin, Lieutenant G. v. Zollioff...

Kaufmann Dietrich in Breslau, Rathsbureau-Affident Platze in Breslau.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag, auf Verlangen: Mozart und Schlander. Romische Operette in 1 Akt von L. Schneider...

Freitag, vielfachen Wünschen zufolge zum 2. Male: Die Zauberflöte von Mozart.

Sonntag, Vorbereitung: Ebene Erde und erster Stock, oder: Das Glück mit seinen Launen.

Im Saale des Casino. Mittwoch den 19. Februar 1862. III. Sinfonie-Soirée.

Peiser's Restaurant. Nr. 68. Neuestraße und Marktecke. Nr. 68. Vorzügliches Konzert.

der Pracht-Damenspiel-Gesellschaft unter Leitung ihres Dirigenten Emil Guttman.

Zu eigen gebundenen Pfandbuchen Donnerstag den 20. d. und Abendrot ladet ergebenst ein C. Vogt.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen. Geschäfts-Versammlung vom 19. Februar 1862.

Table with financial data, including Staats-Schuldenscheine, Pfandbriefe, and various bank notes.

Table with 3 columns: von, bis, and a central column with numbers, likely a calendar or schedule.

Posener Marktbericht vom 19. Febr.

Table listing market prices for various goods like Weizen, Roggen, and Butter.

Spiritus, per 100 Quart, à 80% Tralles, 18. Febr. 1862.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen vom 10. bis 16. Febr. 1862.

Table showing weather and climate data with columns for Day, Thermometer, Barometer, and Wind.

Wasserstand der Warthe: Posen am 18. Febr. Vorm. 8 Uhr 8 Suss - 308.

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Febr. Wind: S. Barometer: 28.2. Thermometer: früh - 1.0. Witterung: bedeckte Luft.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 18. Februar 1862.

Table listing prices for various stocks and bonds, including Eisenbahn-Aktien.

Table listing prices for Rheinische, Stamm-Pf., and other securities.

Table listing prices for Bauf- und Kredit-Aktien und Antheilsgeld.

Industrie-Aktien.

Table listing prices for various industrial stocks and bonds.

Table listing prices for Staats-Schuldenscheine and other government securities.

Table listing prices for various types of bonds and interest rates.

Ausländische Fonds.

Table listing prices for foreign funds and securities.

April-Mai 12 1/2 a 12 1/2 Rt. bz. u. Bd., 12 1/2 Rt. p. Mai-Juni 12 1/2 Rt. bz. u. Bd., 12 1/2 Rt. p. Juni-Juli 12 1/2 Rt. bz. u. Bd., 12 1/2 Rt. p. Juli-Aug. 12 1/2 Rt. bz. u. Bd., 12 1/2 Rt. p.

Stettin, 18. Febr. Wetter: Morgens - 6.0. Mittags - 1.9. R. trübe. Wind: D.

Breslau, 18. Febr. Wetter: Frost, früh - 5.0. Wind: D.

Telegraphischer Börsenbericht. Liverpool, 18. Febr. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Breslau, 18. Februar. Börse etwas matt und geschäftslos. Einige leichte Eisenbahnaktien...